Wöchentlich 1½ bis 2 Bogen.
Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen.

Schlesische Schulzeitung.

Abonnementspreis ¼jährl. 1,75 ℳ.
Einzelne Nummern 25 ₰. — Insertionsgebühr die 4gespalt. Zeile 25 ₰.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 8. Breslau, den 20. Februar 1908. **37. Jahrgang.**

Inhalt: Zeichen des Systems? — Was kann in kleineren Gemeinden geschehen, um den schwachbegabten Kindern in unterrichtlicher Beziehung zu helfen? — Die Dezentralisation der Schulverwaltung in Preußen. — Die Schulaufsichtsfrage im Breslauer Lehrerverein. — Deutsche Lehrerversammlung. — Kunst. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Rezensionen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zeichen des neuen Systems?

Nach den Erklärungen des Kultusministers im Abgeordnetenhause ist sicher anzunehmen, daß die hauptamtliche Kreisschulinspektion in nicht ferner Zeit allgemein durchgeführt werden wird. Ob aber dabei den berechtigten Wünschen unsers Standes nach Fachaufsicht, nach Verwaltung der Kreisschulinspektion durch geeignete Volksschullehrer Rechnung getragen werden wird, das ist stark zu bezweifeln.

Fast scheint es so, als ob man plane, in sehr vielen Kreisen die Kreisschulinspektion, die dort bisher im Nebenamte von einem Geistlichen versehen wurde, in eine hauptamtliche umzuwandeln, sie aber wie bisher von einem Theologen verwalten zu lassen. Verschiedene Anzeichen aus jüngster Zeit müssen unbedingt zu solchen Gedanken führen:

Vor nicht zu langer Zeit ging eine Nachricht durch die Presse, daß in einzelnen Provinzen bei einer größeren Zahl von Geistlichen angefragt wurde, ob sie gewillt wären, in den Schulaufsichtsdienst überzutreten.

Ein weiteres Zeichen: Die Zahl der zu Kreisschulinspektoren im Hauptamte ernannten Theologen ist seit mehreren Jahren in starker Zunahme begriffen; denn noch im Jahre 1895 waren unter 16 in jenem Jahre angestellten Aufsichtsbeamten nur 2 Theologen; aber 1904 wurden schon 6 Theologen angestellt, 1905 9, 1906 12 und 1907 gar 16. Die im letzten Vierteljahr im Regierungsbezirk Breslau frei gewordenen Stellen zu Brieg und Ohlau, die bisher von einem Seminariker und einem Philologen verwaltet wurden, besetzte man mit ehemaligen Pastoren. In Schlesien stellte man ja auch im verflossenen Jahre Philologen an; aber dies geschah unsers Wissens nur im Industriebezirk Oberschlesiens. Warum man gerade dort nicht ehemaligen Geistlichen die Schulaufsicht übertrug, das zu finden, wird keinem Lehrer schwer fallen. Aber an der Tatsache, daß in jüngster Zeit auffällig viel Theologen in den Schulaufsichtsdienst übernommen wurden, wird dadurch nichts geändert.

Auf diese Vorgänge muß die Lehrerschaft von vornherein ein aufmerksames Auge haben, um beizeiten Widerspruch zu erheben, wenn tatsächlich Herr D. Schwartzkopff den Begriff der Fachaufsicht so auslegen wollte, daß man auch weiterhin die Schule in der Abhängigkeit von der Kirche zu halten gedenkt. Fast muß man an eine solche in der Unterrichtsabteilung des Ministeriums bestehende Absicht glauben, wenn man den Blick auf eine zweite Erscheinung richtet. Wir meinen das schon seit mehreren Jahren wieder bemerkbare starke Vordringen der Theologen in die leitenden Stellen am Seminar.

Während nämlich noch vor 6—8 Jahren eine größere Zahl von Nichttheologen in leitenden Stellen am Seminar beschäftigt waren, hat deren Zahl seitdem merkbar abgenommen; dagegen muß eine auffällige Steigerung der Zahl der in den Seminardienst übernommenen Theologen festgestellt werden. Wie weit und ob das auch für die Westprovinzen gilt, wissen wir nicht; aber in den östlichen Teilen der Monarchie besteht die Tatsache. So sind z. B. die Direktorate an schlesischen ev. Seminaren, die im Laufe des letzten Jahres durch Beförderung, Pensionierung und Versetzung der bisherigen Inhaber frei geworden sind, von der Unterrichtsabteilung sämtlich mit Theologen besetzt worden. Es betrifft dies Brieg, Reichenbach, Bunzlau und Steinau. Auch die Oberlehrer, die im Laufe des verflossenen Jahres an ev. Seminaren Schlesiens zur Anstellung gelangten, waren — von einer Ausnahme abgesehen — sämtlich Theologen. Es gilt dies für 4 Anstalten. Nun sind wir der Ansicht, daß tüchtige Theologen sehr wohl ins Seminar gehören. Aber noch notwendiger sind dem Seminar tüchtige Philologen; denn diese sind durch ihr Studium offenbar besser ausgerüstet, im Sinne der neuen Lehrpläne zu unterrichten, als dies bei einem Geistlichen — wohlgemerkt, soweit nur sein Universitätsstudium in Frage kommt — im allgemeinen der Fall sein wird. Da muß aber leider festgestellt werden, daß unter den seit 1906 an preußischen Seminaren zur Anstellung gekommenen Oberlehrern nur etwa der zehnte Teil Philologen waren. Dagegen betrug die Zahl der angestellten Theologen etwa zwei Drittel der Gesamtzahl.*) Was das zur Folge hat, liegt klar auf der Hand: In wenigen Jahren muß die Leitung der Seminare wieder wie einst in der guten alten Zeit fast ausschließlich in den Händen von Theologen liegen. Das ist aber eine Entwicklung, die wir Lehrer nicht gerade mit Begeisterung ansehen können.

Und nun zum Schluß: Erwägt man einerseits die starke Zunahme der Theologen im Schulaufsichtsdienst, andrerseits ihr Vordringen am Seminar, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß hier von der Unterrichtsabteilung des Ministeriums nach einem bestimmten Plane gehandelt wird. Hier heißt es für die Lehrerschaft: Aufmerken, ob solche Absichten wirklich bestehen. -a-

Was kann in kleineren Gemeinden geschehen, um den schwachbegabten Kindern in unterrichtlicher Beziehung zu helfen?

Von Behörden und Lehrpersonen ist diese Frage schon mehrfach an den „Verband deutscher Hilfsschulen“ gerichtet worden. Um eine sachgemäße Antwort geben zu können, soll die Angelegenheit auf der nächsten Konferenz in Meiningen 1909 besprochen werden; vorher soll sie jedoch in allen größeren

*) Und wie verhält es sich mit den Seminarikern? D. Red.

und kleineren Unterverbänden zur Durchberatung gelangen. Auch dem Verein der „Lehrer und Lehrerinnen an den Breslauer Hilfsschulen“ ist die Besprechung der Sache zur Pflicht gemacht worden. Ich möchte über diese Forderung noch hinausgehen und die gestellte Frage auch an dieser Stelle kurz erörtern. Daß sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit ist, geht aus der Fassung des Themas ohne weiteres hervor; trotzdem soll die Bedeutung der Frage noch an zwei Punkten besonders nachgewiesen werden.

Die deutsche Nation ist berufen, eine Kulturträgerin der Menschheit zu sein und zu bleiben. Sie kann ihre hohe Aufgabe aber nur dann erfüllen, wenn sie über die hierfür erforderliche Volkskraft verfügt. Leider müssen wir zugeben, daß dieser ernste Gefahren drohen. Sie wird gefährdet durch die schweren Volkskrankheiten, wie Tuberkulose, Krebs und Syphilis; eine ernste Gefahr bietet auch der übermäßige Alkoholgenuß großer Volksmassen. Es könnte so manches Bild des Elendes gezeichnet werden, das diese Verderber des Menschenglückes angerichtet haben; doch davon soll ganz abgesehen werden. Hingewiesen muß aber darauf werden, daß hier durch ein langes Siechtum und durch einen frühzeitigen Tod viele edle Volkskraft vernichtet wird; hinweisen muß ich auch auf die großen Summen, die durch die Pflege und Wartung der Leidenden dem deutschen Volke alljährlich verloren gehen. Einsichtsvolle Menschenfreunde haben den Kampf gegen Tuberkulose, Krebs, Syphilis und Alkohol mit mehr oder minder gutem Erfolge begonnen. Doch damit kann es nicht genug sein. Neben die Pflege der körperlichen Gesundheit muß auch eine Hygiene des menschlichen Seelenlebens treten. Sie ist erst in den Anfängen vorhanden und wird darum eine beachtenswerte Aufgabe der nächsten Zukunft sein müssen. Wie groß das Elend ist, das hier beseitigt werden soll, wissen wir nicht, da zuverlässige Statistiken über Geistesschwache und Geistesgestörte fehlen. Eins steht aber unbedingt fest, daß es sich hier um Massen, die nach vielen Hunderttausenden zählen, handelt. Fast scheint es, als wenn die Zahl dieser Unglücklichen noch im raschen Zunehmen begriffen wäre. Wenn wir auch die nervöse Hinfälligkeit weiter Volkskreise zugeben müssen, so brauchen wir uns doch nicht der Befürchtung hinzugeben, daß ein Kampf gegen dieselbe vergeblich sei. Das deutsche Volk hat noch so viel Kraft in sich, daß es den genannten Unglücksbringern erfolgreich gegenübertreten kann, wenn es nur ernstlich will. Der Kampf gegen nervöse Hinfälligkeit, geistige Minderwertigkeit und Geistesstörung muß aber geführt werden. Wenn unser bescheidenes Thema dadurch, daß es jedem geistig minderwertigen Kinde in Stadt und Land helfen will, zu jenem Kampfe Anregung gibt, dann hätte es wahrlich eine schöne Aufgabe erfüllt.

Mit der Kulturentwicklung hängt auch der zweite noch zu erörternde Grund zusammen. Je weiter die Kultur fortschreitet, um so mehr steigern sich die Anforderungen, die an die einzelne Person gestellt werden müssen. Es ist darum ganz natürlich, daß alle Berufsstände, wissenschaftliche und auch praktische, die Vorbedingungen zum Eintritt höher geschraubt haben oder noch höher schrauben werden. Die unausbleibliche Folge ist nun aber wieder die, daß für minder tüchtige Elemente, Berufe, die ihnen noch vor einem Jahrzehnt zugänglich waren, in Zukunft verschlossen sind. Je weiter der Prozeß, den wir in der Gegenwart zu beobachten, reiche Gelegenheit haben, fortschreitet, um so geringer wird der Platz für die Existenz nicht vollkräftiger Menschen. Das gilt aber ganz besonders von den geistig minderwertigen Mitmenschen, die selbst nicht fähig sind, geeignete Schritte für ihr eigenes Fortkommen zu tun. Geschieht für sie nichts, so fällt das große Heer der Geistesschwachen der Allgemeinheit zur Last. Armen- und Arbeitshäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser werden sich über Gebühr füllen. Man klage aber dann nicht über Verwilderung und Gottlosigkeit der Menschen; hier haben wir es mit ganz natürlich sich entwickelnden Erscheinungen zu tun. Möchte der wohlgemeinte Rat, den unser einstiger Kollege Otto Ernst am Schlusse eines Gedichtes, das die Überschrift trägt: „Vor dem Zuchthause“ ausspricht, willige Hörer finden. Dieser Abschnitt lautet:

„Die ihr das Haupt so frei zum Himmel hebt,
Vergeßt mir nicht in eurem guten Herzen,
Daß hinter diesen grauen Kerkermauern
Ein redlich Teil von eurer Sünde wohnt,
Und laßt in eurem Innern widerhallen
Den wilden Schmerzensschrei der hier Begrabnen,
An deren Fuß die schwere Kette klirrt
Und die verdammt sind — auch um eure Schuld.“

Aus den genannten beiden Punkten dürfte zur Genüge hervorgehen, daß die Fürsorge für Geistesschwache eine Angelegenheit ist, die weit über die Kreise der Hilfsschulvertreter hinausgeht und deren Besprechung auch hier volle Berechtigung hat.

Schwieriger als der Nachweis der Notwendigkeit der Schwachsinnigenfürsorge ist eine Besprechung über die Erweiterung derselben. Um zwei Dinge dürfte es sich hierbei in erster Linie handeln: 1. um den Kampf gegen die Zunahme der geistigen Minderwertigkeit unserer Volksgenossen überhaupt und 2. um die Versorgung der vorhandenen Geistesschwachen.

Die erste Frage, so wichtig sie auch ist, soll an dieser Stelle nicht besprochen werden, da sie über die Forderung des Themas hinausgeht.

Wir wollen hier nur auf die Versorgung der vorhandenen Geistesschwachen in Stadt und Land eingehen. Das Ziel unserer Tätigkeit an den Geistigminderwertigen wollen wir dahin bestimmen: Jeder unserer unglücklichen Pflegebefohlenen soll durch unsere Fürsorge während und nach der Schulzeit so weit gebracht werden, daß er einen — wenn auch nur bescheidenen — Platz im sozialen Gebiete der modernen Zeit zu erringen und auszufüllen vermag; auch der Schwachbefähigte soll als ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft dienstbar gemacht werden.

Die Unterrichtsstätten, die bisher das genannte Ziel schon verfolgt haben, sind die Erziehungsanstalten für Schwachbefähigte und die Hilfsschulen. In erster Linie wird es sich auch darum handeln, diese Erziehungsstätten zu vermehren und sachgemäß auszugestalten. Erziehungsanstalten müssen für größere Bezirke geschaffen werden. In größeren Anstalten lassen sich mehrklassige Schulen einrichten, deren Leistungsfähigkeit eine bessere ist als die der einklassigen Schulen. — Die Einrichtung von Hilfsschulen setzt immerhin größere Gemeinden voraus. Bestimmte Einwohnerzahlen vermögen nicht genannt zu werden, finden wir doch kleinere Orte mit ungünstiger Zusammensetzung der Bevölkerungsschichten, die weit mehr Schwachbefähigte aufweisen, als viel größere Orte, deren Einwohner sittlich und gesellschaftlich höher stehen. Wenn in einer Gemeinde 12 bis 15 geistesschwache Schulpflichtige zusammenkommen, dann würde hinreichendes Schülermaterial für wenigstens eine einklassige Hilfsschule vorhanden sein. Auch kleinere Gemeinden könnten solche einklassige Hilfsschulen gründen, wenn sie sich mit bequem zu erreichenden Nachbarorten zu Schulverbänden behufs Gründung einer Hilfsschule vereinigen würden. Wenn es auch gelingen sollte, Erziehungsanstalten und Hilfsschulen in weitgehendem Maße zu vermehren, es wird uns aber doch nicht möglich sein, der Volksschule alle die schwachbegabten Schüler abzunehmen. Die Volksschule wird darum selbst zweckentsprechende Maßnahmen treffen müssen.

Welche Kinder den drei genannten Erziehungsstätten zuzuweisen sind, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Jedenfalls das eine muß im Auge behalten werden, die einzelne Schulgattung behält nur die Kinder, die sie wirklich zu einem Ziele zu führen vermag. Ein bloßes Absitzen der Schulzeit in einer der drei Anstalten ohne Erfolg hat weder für den Schüler noch für die Allgemeinheit irgend welchen Zweck. Deshalb meine ich auch, völlig bildungsungsunfähige Menschen, die niemals im Leben etwas leisten können, befreie man selbst von der Anstaltserziehung. Man gewähre ihnen in Pflegeanstalten ein dauerndes Asyl. Vor einem Irrtum möchte ich allerdings

warnen. So mancher Schüler ist in dem Schulwissen durchaus nicht zu fördern, so daß er von dem Standpunkte der Schule als bildungsunfähig bezeichnet werden muß. Dagegen als Arbeiter vermag er seinen Platz wohl auszufüllen. Darum, wenn es bei den Schwächsten der Schwachen in der Schule nicht vorwärts gehen will, versuche man es noch mit der einfachsten Arbeit. Nur wenn auch hier nichts zu erreichen ist, dann betrachte man ihn für die Gesellschaft als ungeeignet und versorge ihn in einer Pflegeanstalt.

Ein Eingehen auf die Erziehungsanstalten für Schwachbefähigte und Hilfsschulen dürfte sich an dieser Stelle erübrigen. Dagegen dürfte es sich empfehlen, die Maßnahmen noch zu besprechen, durch die die Volksschule selbst ihre schwachbegabten Schüler zu fördern imstande ist. Wünschenswert wäre es, wenn Kollegen, die selbst im Volksschuldienste stehen, hierzu ihre Meinung äußern wollten. Nur auf vier Punkte, die mir wichtig erscheinen, möchte ich eingehen.

Einer meiner ersten Privatschüler war ein kleiner Russe, der von mehreren Ärzten — sein Vater war selbst Arzt — in seiner Heimat Odessa als schwachbefähigt bezeichnet worden war. Schon nach kurzer Zeit stellte es sich heraus, daß es sich hier gar nicht um geistige Minderwertigkeit, sondern nur um ein körperliches Leiden — Wucherungen im Nasenrachenraume — handelte. Als diese beseitigt waren, machte der Knabe ganz normale Fortschritte. So, meine ich, dürfte bei manchem Nachzügler der Grund des Zurückbleibens in körperlichen Mängeln zu suchen sein; ferner wirken gewisse Eigenarten der Schüler (z. B. große Schüchternheit) oder ungünstige häusliche Verhältnisse auf die geistige Tätigkeit des Schülers ein. Die Pädagogik hat schon längst die Forderung aufgestellt: Berücksichtige die Individualität deiner Schüler. Dieses naturgemäße Verlangen ist nur dann realisierbar, wenn der Lehrer weniger Kinder zu unterrichten hat wie jetzt. In übermäßig stark besetzten Klassen ist es unmöglich, die Schwachen in der erforderlichen Weise heranzuziehen. Wollen wir hoffen, daß die Zukunft einmal bessere Verhältnisse schafft; dann wird es auch möglich sein, sich der Schwachen anzunehmen.

Der Schwachbefähigte ist ferner nicht imstande, die Fülle der ihm gebotenen Unterrichtsstoffe zu fassen. Wenn die Volksschule sich auf wirklich wertvolle Unterrichtsstoffe beschränken würde, dann könnte auch mancher Schwachbefähigte den Stoff noch bewältigen. Eine weise Beschränkung der Unterrichtsstoffe bietet für den Schwachbefähigten die Möglichkeit für eine ausreichende, geist- und gemütbildende Aneignung. Diese Maßnahme kommt aber nicht nur den Schwachen, sondern auch den normalen Schülern zugute.

Mit der rechten Auswahl muß sich auch die sachgemäße Darbietung verbinden. Man mache wirklich Ernst mit dem alten Grundsatze eines Pestalozzi, daß die Anschauung zum Fundament aller Erkenntnis zu machen sei. Man führe die Schüler durch naturgemäßen Unterricht, wie ihn Comenius schon vor Jahrhunderten verlangt hat, von Erkenntnis zu Erkenntnis; dann wird auch mancher Schwachbefähigte dem Unterrichte noch folgen können. Von einem solchen Unterrichte haben aber nicht nur die schwachen, sondern auch die besseren Schüler Vorteile.

Aber auch dann, wenn wir alle die bezeichneten Hindernisse, die in der Person des Schülers, in der Stoffülle und in der Darbietung liegen, beseitigen könnten, es wird doch nicht möglich sein, alle Schwachen zu fördern. Ich möchte darum an einem Notbehelfe, den ich im Jahre 1893 auf der „Schlesichen Lehrerversammlung“ in Lauban empfohlen habe, auch noch heute festhalten: ich empfahl damals, es möchte nach Bedürfnis ein Sonderunterricht für die schwachbefähigten Zöglinge eingerichtet werden. Wieweit ein solcher besteht, entzieht sich meiner Kenntnis. Bei der 12. Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen wies der Vertreter des Königl. Sächsischen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Herr Geheimer Schulrat Dr. Kühn, darauf hin, daß in vielen Schulen Sachsens Nachhilfeunterricht erteilt wird. Auch die kleinen Landgemeinden blieben dabei nicht ohne Hilfe; denn hier empfange gar manches Kind, das dem Unterrichte in der Normalklasse nicht zu folgen vermag, Privatunterricht, dessen Kosten im Bedürfnisfalle von der höchsten Unterrichtsbehörde getragen würden. Daß in gleich menschenfreundlicher Weise auch in Zukunft in Sachsen verfahren wird, dafür bürgt der Name des gegenwärtigen Kultusministers, Herrn Dr. Beck. Se. Exzellenz, Herr Kultusminister Dr. Beck, nahm in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Chemnitz mit regem Interesse an den Verhandlungen der obengenannten Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen teil. Durch Wort und Tat bewies er, daß er ein Freund der Unglücklichen stets gewesen sei; daß er es auch bleiben wird, beweist seine bisherige fürsorgende Tätigkeit für diese Armen. — Von ähnlichen Einrichtungen in unserem engeren Vaterlande Preußen ist mir nur bekannt, was die „Frankfurter Schulzeitung“ unlängst berichtete. Die genannte Zeitschrift schrieb:

> „Die sonderbare Frankfurter Einrichtung, schwach beanlagte oder aus sonstigen Gründen zurückbleibende Kinder der Unterklasse der Volksschule dadurch vor dem Sitzenbleiben zu schützen, daß man ihnen von den Sommerferien bis Januar zwei Nachhilfestunden erteilt, während man den normalen Kindern in eben dieser Zeit zwei Stunden abzieht, hat das Wohlgefallen der Königlichen Regierung zu Wiesbaden gefunden, die selbigte Einrichtung für alle mehrklassigen Schulen ihres Bezirks empfiehlt.“

Soweit der Bericht, dessen Inhalt ich auf seine Richtigkeit hin nicht prüfen kann. Offen gestanden, so habe ich mir die Nachhilfestunden nicht gedacht. Nach meiner persönlichen Meinung dürfen sie nicht ein Grund sein, den normalen Schülern Unterrichtszeit zu entziehen, wodurch diese naturgemäß in ihren Leistungen zurückgehalten werden. Ich dachte mir das Gegenteil, es soll den schwächeren Schülern mehr Zeit geboten werden, damit diese den besseren Schülern einigermaßen nachzukommen vermögen. Wie die Nachhilfe zu gewähren ist, ob als Einzel- oder Abteilungsunterricht, wird von den jeweiligen Verhältnissen abhängig zu machen sein.

Einen gewissen Nutzen verspreche ich mir auch davon, daß die angehenden Lehrer schon im Seminar auf die besondere Fürsorge ihrer zukünftigen Sorgenkinder hingewiesen werden. Eine nähere Bekanntschaft mit den Wünschen der Heilpädagogen wäre auch zu empfehlen. Es gibt ja keine Geheimmittel in der Schwachsinnigenerziehung. Unsere Erziehungsgrundsätze sind die gleichen, wie sie von einsichtsvollen Pädagogen schon seit Jahrhunderten vertreten worden sind; aber doch sind einzelne Fragen der Heilpädagogik so ausgestaltet worden, daß ihre Bekanntschaft immerhin nicht ganz unwichtig ist. In nächster Zeit wird ein Werk zum Abschlusse gelangen, das schon seit längerer Zeit in Vorbereitung ist und in dem die ganze Heilpädagogik nach dem gegenwärtigen Stande zur Darstellung gelangen soll; es ist dies das enzyklopädische Handbuch der Heilpädagogik. Das Werk wird voraussichtlich in 10 Lieferungen zu je ca. 2,50 ℳ herausgegeben werden und im ganzen einen Umfang von etwa 50 Druckbogen im Lexikonformat haben. Lieferung 1 soll Ostern d. J. erscheinen. Verlag: Marhold in Halle a. S.

Wenn es gelingt, durch die angegebenen Mittel den schwachbefähigten Schülern in allen Schulen eine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen, so erweisen wir jedem einzelnen Schwachsinnigen Dienste von bleibendem Werte. Regen wir dadurch gleichzeitig an, daß eine sichere Grundlage für den Volksschulunterricht überhaupt geschaffen wird, so dienen wir ebenso der Gesamtheit. Würde es gar möglich sein, auf der ganzen Linie von den tiefstehenden Schwachsinnigen bis zu den normal befähigten Menschen die Bildung unserer Zeit ein wenig emporzuheben, dann hat die Gegenwart für die Kulturentwicklung eine beachtenswerte Aufgabe erfüllt. Auf dem so geschaffenen Grunde möge die Zukunft dann weiterbauen. Das deutsche Volk kann mit Stolz auf die Errungenschaften des vorangegangenen Jahrhunderts zurückblicken; der Zukunft ist es

vorbehalten, unsere Kulturentwicklung weiter zu führen. Wenn unser bescheidenes Thema zur Erreichung eines solchen Zieles eine kleine Anregung geboten hat, dann verdient es wirklich als ein Thema genannt zu werden, das über den Hilfsschulverband hinaus der Beachtung wert ist.

Breslau. Alwin Schenk.

Die Dezentralisation der Schulverwaltung in Preußen.

(„Pr. Lztg." J. Tews.)

Auf eine Anfrage des Frhrn. v. Zedlitz in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Januar, „ob mit Bestimmtheit in der nächsten Session auf eine Vorlage, betreffend die Dezentralisation der Schulverwaltung von der Bezirks- auf die Kreisinstanz, zu rechnen sei", antwortete Herr Kultusminister Dr. Holle, daß unter Bezugnahme darauf, daß „sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses übereinstimmend eine Dezentralisation der Volksschulverwaltung gefordert haben", die Staatsregierung beabsichtige, „diesem Wunsche nachzukommen". Der Minister teilt des weiteren mit, daß er bereits mit dem Minister des Innern in Verbindung getreten sei, um die Grundlage für diese Dezentralisation zu finden.

Damit rückt ein Plan aus dem Gebiete der theoretischen Erörterung in das Gebiet der praktischen Politik, der insbesondere von dem Frhrn. v. Zedlitz oft und mit seltener Ausdauer empfohlen und erörtert worden ist.

Jeder Leser wird dabei sogleich an die Gneistschen Vorschläge denken. Aber diese haben mit dem jetzigen Plan doch nur das gemein, daß in beiden der Kreis als eine Einheit für wichtige Fragen der Schulverwaltung erscheint. Gneist wollte die Gemeinden in eine Kreisschulverwaltung behufs größerer Leistungsfähigkeit und einheitlicher Förderung der Schule zusammenfassen. Bei ihm handelt es sich also um eine Konzentrationsforderung, während Frhr. v. Zedlitz wichtige Befugnisse einer Zentralinstanz, der Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen, auf die Kreisbehörden verteilen will. Gneist wollte zentralisieren, Frhr. v. Zedlitz will dezentralisieren. In jener liberalen Forderung ist die Initiative der Bevölkerung als Trägerin der modernen Schulorganisation gedacht. Hier soll eine nachgeordnete Instanz der Staatsverwaltung an die Stelle einer Zentralbehörde treten. Mit dem liberalen Schulprogramm Gneists hat der Zedlitzsche Vorschlag praktisch aber trotz alledem manche Berührungspunkte, so verschieden theoretisch die Wege und Ziele beider auch sind.

Frhr. v. Zedlitz hat wiederholt die Anregung gegeben, die Schulabteilungen der Regierungen aufzulösen und die ihnen obliegenden Befugnisse einer Kreisbehörde, die aus dem Landrat und dem Kreisschulinspektor bestehen würde, zu übertragen. Er hat diesen Gedanken oft ausgesprochen, ohne ihn eingehender zu erörtern. Eine etwas ausführlichere Besprechung findet sich in seiner Rede vom 11. Dezember 1905. Herr v. Zedlitz verlangt in dieser Rede, daß die Anforderungen, die im Schulinteresse an die einzelnen Schulunterhaltungspflichtigen zu stellen sind, von der Kreisbehörde, dem Landrat und den Kreisschulinspektoren unter Mitwirkung von Laien ergehen. Dann werde dafür gesorgt sein, daß auf der einen Seite die Schulinteressen voll zur Geltung kommen, auf der andern Seite aber nicht unnütz und über die Leistungsfähigkeit hinaus Anforderungen an die Pflichtigen gestellt werden, Anforderungen, welche heute den Unmut und Mißmut weitester Kreise erregen. Durch eine solche Einrichtung werde auch ganz von selbst die Frage der Kreisschulaufsicht sich lösen lassen, ohne daß es überhaupt einer grundsätzlichen Entscheidung der Frage bedürfe, die zurzeit schwer zu erreichen sein werde. Nur in ganz kleinen Kreisen werde ein Schulinspektor im Nebenamt den Geschäften gewachsen sein, die mit einer so erweiterten Tätigkeit der Kreisbehörden notwendig verbunden sind. Ganz von selbst werde man im Interesse der Sache und im Interesse der Geschäftsführung durchweg zum hauptamtlichen Kreisschulinspektor übergehen und damit die Schulaufsicht nach den Wünschen der Lehrer in der Kreisinstanz regeln.

Der Zweck der Änderung soll also ein zweifacher sein: einmal sollen die Schulinteressen voll zur Geltung kommen und anderseits „nicht übermäßige und der Leistungsfähigkeit nicht angemessene Anforderungen an die Schulunterhaltungspflichtigen gestellt werden". An andrer Stelle hat Herr v. Zedlitz das näher auseinandergesetzt und insbesondere verlangt, daß die Endentscheidung über alle Leistungen nicht eine Staatsbehörde, sondern eine Selbstverwaltungsbehörde, der Provinzialrat, haben sollte, damit die ministerielle Allmacht beseitigt werde. Er meint, im Kreise werde man die Leistungsfähigkeit besser beurteilen können als vom Sitze der Regierung aus. Herr v. Zedlitz ist auch der Meinung, daß es angehen würde, den Kreisen, Ämtern und Bürgermeistereien, allerdings mit aller Vorsicht, zu gestatten, nicht gesetzlich sie zu zwingen, die Schulunterhaltungskosten an Stelle der Gemeinden zu übernehmen. Man sieht, daß der Vorschlag im wesentlichen auf materiellen Erwägungen beruht. Was außerdem dafür angeführt worden ist, wird nur als eine notwendige, allerdings auch erwünschte Folge bezeichnet.

Herr v. Zedlitz ist, soviel ich weiß, nicht der Vater dieser Ideen, die er fast allein viele Jahre hindurch in der Öffentlichkeit vertreten hat. Seine Forderungen sind nach der verwaltungstechnischen Seite in dem Schulgesetzentwurf seines Namensvetters, des Grafen Zedlitz, vom Jahre 1891 enthalten. In diesem Entwurf wurde als Kern der staatlichen Schulverwaltung die einfache und verstärkte Kreisschulbehörde konstruiert, die erstere bestehend aus dem Landrat und dem Kreisschulinspektor bezw. in den Städten aus dem Bürgermeister und dem Kreisschulinspektor, denen zur Bildung der verstärkten Kreisschulbehörde gewählte Vertreter, Mitglieder des Kreisausschusses und der Stadtverordnetenversammlung, zur Seite treten sollten. In materieller Beziehung knüpfen die Vorschläge an die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, an das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883 und an das Gesetz, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen, vom 26. Mai 1887 an. Dieses Gesetz hat den Selbstverwaltungsbehörden das Recht gegeben, über neue und erhöhte Leistungen für die Volksschule zu entscheiden. Damit will sich Frhr. v. Zedlitz nicht begnügen. Sie sollen nunmehr auch das alleinige Recht haben, die Anforderungen an die Schulunterhaltungspflichtigen zu formulieren. Er will die Gemeinden dagegen schützen, daß die „Bureaukraten in den Schulabteilungen" ihnen mit nicht zweckmäßigen und übertriebenen Anforderungen lästig fallen. Anderseits meint Herr v. Zedlitz auch, die Kreisbehörden werden das Bedürfnis richtiger beurteilen, als die den tatsächlichen Verhältnissen ferner stehenden Bezirksbehörden.

Die Ausführung der Zedlitzschen Vorschläge würde einerseits eine Durchführung der in der Lex Zedlitz Abschnitt III enthaltenen Bestimmungen und anderseits eine direkte Fortführung der betreffenden Bestimmungen in der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und des Gesetzes, betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen, vom 26. Mai 1887 bedeuten. Während vor Erlaß der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 die Entscheidung über das Bedürfnis und die Aufbringung aller Leistungen für Volksschulen lediglich in den Händen der Regierungen, in höherer Instanz in der Hand des Unterrichtsministers lag, wurde durch die Kreisordnung das diskretionäre Ermessen der Schulaufsichtsbehörden stark eingeschränkt und den Organen der Selbstverwaltung eine beschließende bezw. entscheidende Mitwirkung zuerkannt. In derselben Richtung bewegt sich das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883, und durch das Gesetz vom 26. Mai 1887 wurde den Organen der Selbstverwaltung, d. h. den Kreisausschüssen, Bezirksausschüssen und Provinzialräten auch die Beschlußfassung über die Feststellung derjenigen Anforderungen der Schulaufsichtsbehörden übertragen, welche eine Steigerung der bisher für Schulzwecke aufgebrauchten Leistungen bezweckten. Herr v. Zedlitz geht nun einen Schritt weiter. Er will den Schulabteilungen auch die Befugnis, ihrerseits Anforderungen an die Schulunterhaltungspflichtigen zu stellen, aus der Hand nehmen und diese wichtige Befugnis in die Kreisinstanz verlegen. Es soll also in Zukunft die Befugnis, höhere Leistungen von den Gemeinden zu verlangen, an diese Stelle verlegt werden, die eigentliche motorische Funktion also der Kreisinstanz zufallen. Man muß sich vergegenwärtigen, welche grundsätzliche Änderung darin liegt. Die Kreisinstanzen werden dadurch zu den eigentlichen impulsiven Mittelpunkten der Schulverwaltung, als die bisher die Schulabteilungen der Bezirksregierungen wirksam waren.

Was ist von diesen Vorschlägen zu halten? Die damit verknüpfte Durchführung der hauptamtlichen Kreisschulaufsicht kann man, ohne dem Vertrerer des Planes unrecht zu tun, vielleicht als eine Lockspeise ansehen. Sie soll deswegen hier auch völlig außer Betracht bleiben, was ja auch deswegen am Platze sein dürfte, weil wir diese Reform der Schulaufsicht nicht gut als Nebenprodukt einer äußern Verwaltungsreform abtun können.

Als die Abteilungen für Kirchen- und Schulwesen eingerichtet wurden (1817), betrug die Bevölkerung des preußischen Staates in seiner damaligen Ausdehnung 10,3 Millionen. Jetzt (1905) haben dieselben Provinzen 30944706, also etwa dreimal so viel Einwohner. Noch in größerm Verhältnis hat das Unterrichtswesen zugenommen. Die größte Provinz Schlesien hatte 1,942 Millionen Einwohner, jetzt 4,935, das Rheinland 1,870 Millionen, jetzt 6,435, Sachsen 1,2 Millionen, jetzt 2,978, Brandenburg 1,085 Millionen, jetzt 3,529, Westfalen 1,066 Millionen, jetzt 3,618. Der volkreichste Regierungsbezirk war Breslau mit 779 000 Einwohnern, jetzt 1,773 Millionen, dann folgte Liegnitz mit 637 000, jetzt 1,128 Millionen, dann Düsseldorf mit 791 000, jetzt 2,988 Millionen. Der Bezirk Düsseldorf hat heute so viel Einwohner als 1816 die Provinzen Ost- und Westpreußen, Berlin, Brandenburg und Pommern oder so viel als die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen zusammengenommen. Auch der Bezirk Potsdam hat heute 2,3 Millionen, Arnsberg 2,1 Millionen, Oppeln über 2 Millionen Einwohner. Diese Bezirke sind also volkreicher als die größten Provinzen im Jahre 1816 oder haben viermal so viel Einwohner als die größern Bezirke damals. Die Bevölkerungszahl der übrigen Bezirke ist allerdings nicht in demselben Maße gewachsen, aber auch in ihnen hat sich das Schulwesen: Zahl der Schulkinder, Zahl der Schulen und Schulklassen und Zahl der Lehrer ungemein stark entwickelt, so daß auch die weniger angewachsenen Bezirke heute einen ganz andern Komplex von Unterrichtsveranstaltungen darstellen, als zur Zeit der Einrichtung der

Regierungsschulabteilungen. Ziffern für das Jahr 1816 sind für den ganzen Staat nicht vorhanden, wohl aber für die Zeit von 1859/61. Damals zählte der kleinste preußische Regierungsbezirk Stralsund:

550 Schulklassen, 508 Lehrer, 31 674 Schulkinder,
1901 dagegen . . 705 " , 636 " , 32 932 " .

Das ist der Bezirk mit der geringsten Entwicklung. Dagegen zählte der Bezirk Oppeln:

1859 . . . . 1708 Schulklassen, 1659 Lehrer, 177 917 Schulkinder,
1901 aber . . 5536 " , 4757 " , 355 816 " .

Also mehr als dreimal so viel Schulklassen und Lehrer und doppelt so viel Schulkinder.

Der Bezirk Arnsberg hatte

1859 . . . . 1258 Schulklassen, 1249 Lehrer, 113 410 Schulkinder,
1901 . . . . 5344 " , 4962 " , 339 642 " .

Das sind viermal so viel Schulklassen und Lehrer und dreimal so viel Kinder.

Der Bezirk Düsseldorf zählte

1859 . . . . 1754 Schulklassen, 1752 Lehrer, 177 191 Schulkinder,
1901 . . . . 6849 " , 6745 " , 433 978 " .

Dasselbe Wachstum!

Die jetzige Zahl beträgt bei den Schulklassen und den Lehrern hier ebenfalls das Vierfache. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, daß die Schulabteilungen der Regierungen als Verwaltungskörper heute etwas ganz andres bedeuten, als bei ihrem Inslebentreten.

Die Kreise kommen heute in der Zahl der Schulklassen, Lehrer und Schulkinder den kleinern und mittlern Regierungsbezirken im Jahre 1861 schon ziemlich nahe. Nur einige Beispiele:

1901 hatten

	Schulklassen	Lehrer	Schulkinder
Kreis Nieder-Barnim	867	716	46 000
" Teltow	746	670	35 500
" Waldenburg i. Schl.	439	323	24 000
" Kattowitz	408	371	30 000
" Calbe a. Saale	303	289	18 500
" Recklinghausen	428	397	29 000
" Bochum (Landkreis)	459	452	30 000
" Gelsenkirchen (Landkreis)	519	514	36 000
" Essen (Landkreis)	812	797	54 000
" Saarbrücken	574	573	37 000

Wenig mehr Kinder hatten 1861 die Regierungsbezirke Danzig, Erfurt und Münster.

Daneben hat Preußen aber auch winzig kleine Kreise. Hier nur einige Beispiele.

	Schulklassen	Lehrer	Schulkinder
Kreis Bublitz	99	73	4400
" Schivelbein	73	68	3600
" Dannenberg, Bez. Lüneburg	52	41	2100
" Zeven, Bez. Stade	62	59	2700
" Hümmling (ein Kreis ohne eine Stadt!)	55	42	2866
" Meisenheim i. Rh. (ebenfalls ohne Stadt)	43	39	2249

Kreise, die ebenso groß oder weniger größer sind, gibt es zu Dutzenden. Eine Umgestaltung der Schulverwaltung, bei der die Befugnisse der Schulabteilungen auf die Kreisbehörden übertragen würden, würde also höchst ungleich wirken. Es würden dadurch Verwaltungsbezirke geschaffen werden, die in ihrer Bevölkerungsziffer und in der Ausdehnung ihrer Unterrichtsveranstaltungen teilweise in einem Verhältnis wie 1 : 30 ständen. Daß bei solchen Unterschieden ganz gleich konstruierte Verwaltungskörper nicht möglich sind, die jetzige Kreiseinteilung die Grundlage einer solchen Reform also nicht ohne weiteres bilden kann, leuchtet ein. Hand in Hand damit müßte entweder die Teilung großer Kreise oder die Zusammenlegung kleiner Kreise gehen, mithin eine Umgestaltung der Verwaltung, die wohl kaum so kurzer Hand herbeigeführt werden wird und in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, oder die Kreisschulbehörden müßten ganz verschieden konstruiert werden — in kleinen Kreisen mit einem, in großen Kreisen mit mehreren Kreisschulinspektoren.

Aber jedenfalls hat die Reform auch von unserm Standpunkte vieles für sich. Die Regierungsbezirke sind zu groß, um eine geordnete Schulverwaltung zu gestatten. Als nächste Staatsbehörde mit wirklichen Befugnissen müßten die Schulabteilungen den ihnen unterstellten Lehrern leichter erreichbar sein. Es müßte dem einzelnen Lehrer möglich sein, den ihm vorgesetzten Schulrat ohne lästigen Urlaub und ohne große Reisen aufzusuchen. Das Umgekehrte, der leichte Besuch des Schulrats, würde sich vielleicht eher verschmerzen lassen, denn die Behörde hat weit über 1000 Kreisschulinspektoren und über 10000 Ortsschulinspektoren zur Verfügung, die den Regierungsschulräten ihre Visiten abnehmen können. Man muß sich einige Entfernungen von den Bezirkshauptstädten vergegenwärtigen, um die Schwierigkeit einer persönlichen Unterredung vor Augen zu haben. So beträgt die Entfernung von Lenzen nach Potsdam 176 Kilometer, von Lauenburg a. Elbe nach Schleswig 198 Kilometer, aus dem Hasenwinkel (Fallersleben) nach Lüneburg 169 Kilometer, von Kempen nach Posen 160 Kilometer, von Ruhland nach Liegnitz 169 Kilometer, und wenn ein Lehrer aus Schloppe seinen Regierungsschulrat in Marienwerder aufzusuchen sich entschließt, so hat er die Kleinigkeit von 321 Kilometern auf den verschiedensten Eisenbahnen zu durchfahren. Auch eine Spazierfahrt von Soldau nach der bisherigen Regierungshauptstadt Königsberg ist nicht viel weniger weit. Diese Entfernung schließen eine lebhaftere persönliche Fühlungnahme vollständig aus und bedingen deswegen ohne weiteres eine rein bureaukratische, aktenmäßige Behandlung, auch solcher Fälle, die unter vier Augen besser und leichter abzumachen sind. Ganz besonders fällt dies ins Gewicht bei Gehaltspetitionen und bei persönlichen Anliegen.

Die weite Entfernung, die große Zahl der Schulen und Lehrer zwingt die Bezirksschulräte, den größten Teil ihrer Verfügungen und Anordnungen auf dem bureaukratischen, aktenmäßigen Wege zu treffen. Herr v. Zedlitz tut den Bezirksschulräten vielleicht unrecht, wenn er ihnen eine besondere Neigung zur bureaukratischen Behandlung der Schulangelegenheiten nachsagt. Regierungsschulrat Fliedner in Kassel hat diesen Vorwurf seinerzeit im „Tag“ zurückzuweisen versucht. Er hat den Schulräten mancherlei Gutes nachgesagt, aber im ganzen wird man von den Verdiensten der Herren nicht gar zu viel zu sagen wissen. Die Gründe liegen sicherlich in erster Linie darin, daß sie, insbesondere in früherer Zeit, immer mit leerer Hand kamen, daß der Staat, der sie zu Aufsehern bestellt hatte, zwar forderte, aber nicht leistete. Auch die persönlichen Eigenschaften der Schulräte haben wohl das Ihrige dazu beigetragen, ihre Wirksamkeit abzuschwächen. Sie wurden früher fast ausnahmslos und werden auch heute noch zum größten Teil aus den aktiven oder inaktiven Theologen genommen, die naturgemäß nicht übermäßige Anforderungen auf dem Schulgebiete zu stellen geneigt sind. Es läßt sich fast oasenweise feststellen, daß diejenigen Schulräte, die durch ihre Herkunft oder frühere Amtstätigkeit intimere Beziehungen zum Schulwesen hatten, auch Außerordentliches geleistet haben. Mir schwebt dabei insbesondere die Tätigkeit des leider durch mißliche Verhältnisse vielfach gehemmten und zu früh verstorbenen Schulrats Kahle in Köslin vor, der die Schulverhältnisse und die Lehrerbesoldung in diesem ärmsten Bezirk des preußischen Staates so zu ordnen bemüht war, daß sie für die übrigen östlichen Bezirke lange Zeit als vorbildlich gelten konnten. Im ganzen sind die Persönlichkeiten, die als preußische Regierungsschulräte sich hervorragende Verdienste erworben haben, an den Fingern herzuzählen. Was speziell das Eingreifen in die materielle Entwicklung der Volksschule anbetrifft, so hat selbst unser größter Staatsmann Fürst Bismarck ihre Tätigkeit stark überschätzt. Das Gesetz von 1887 wurde speziell „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schulräte“ erlassen. Kultusminister v. Goßler tröstete sich über das Gesetz mit der Bemerkung, daß den Lehrern wenigstens das nicht mehr genommen werden könne, was sie hätten, und der Minister sorgte dafür, daß das Gesetz im schul- und lehrerfeindlichen Sinne nur schwer auszunutzen war. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz sind jedenfalls ein Meisterstück verwaltungstechnischer Kunst. Der, um mich so auszudrücken, Renitenz der depossedierten Schulräte ist es wohl zu danken, daß sie von da ab durch die Kreis- und Bezirksausschüsse mehr wirkten, als sie bisher aus eigner Machtvollkommenheit verlangt und erreicht hatten. Sie luden nun nicht mehr das Odium auf sich, in unbegrenzter bureaukratischer Allmacht die armen Gemeinden zu drücken. Die Gemeinden, die ja allerdings ihre Finanzen durch übermäßige Schulausgaben gar zu leicht ruinieren, hatten nun den nötigen Selbstverwaltungsschutz in den Kreis- und Bezirksausschüssen und Provinzialräten.

Die Schulabteilungen der Regierungen haben im ganzen immer nur die vom Ministerium verfolgte Politik zur Ausführung gebracht. Eigne Regungen sind selten zu merken, höchstens, daß der betreffende Dezernent die Melodie, die im Kultusministerium vorgesungen wurde, etwas kräftiger oder etwas weniger kräftig nachsang. So haben die Regulativeschulräte die Mühlersche, die Schulräte der 70er Jahre die Falksche Politik verstärkend oder abschwächend zur Ausführung gebracht. Sie haben die Tendenzen des Kultusministeriums bei der Ausführung des Besoldungsgesetzes entsprechend ausgeführt, im Osten vorwiegend hemmend, im Westen hier und da kräftig antreibend. So wird auch diesen Beamten vom Frhrn. v. Zedlitz und auch von andern wohl mehr Gutes und Schlechtes nachgesagt, als sie ausgeführt haben. Die meisten sind herzlich froh, wenn sie ihre Akten in Ordnung halten.

Man hat sich die Schulräte auch wohl in der Regel so ausgesucht, daß sie zu der jeweiligen Schulpolitik des Staates paßten und nur hin und wieder unabsichtlich einen Mißgriff gemacht. Schulräte wie den alten Dinter zählt die preußische Schulgeschichte wenige. Bezeichnend ist jedenfalls eine Episode, die Pretzel in einem Artikel in der „Deutschen Kultur“ aus dem Leben Diesterwegs erzählt. Als Diesterweg von der Leitung des Berliner Seminars entfernt worden war, bot man ihm eine Schulratstelle in Köslin an. Diesterweg scheint der Meinung gewesen zu sein, er müsse auch als Schulrat noch lehren und nicht bloß bureaukratische Kleinarbeit verrichten. Er reiste deswegen nach Köslin, berief hier eine Konferenz von Lehrern ein und lehnte dann die Stelle mit der Bemerkung ab, „er könne mit solchen Lehrern nicht arbeiten, sie seien totgeschwiegen“. „Totgeschwiegen“ wurden ja lange Zeit insbesondere auch die Lehrer-

vereine und Lehrerversammlungen, und wenn ein Schulrat, zumeist auf höhere Anordnung, in besonders freundlicher Weise auf einer Versammlung sich aussprach, so war das immer ein Ereignis, Übelwollenden gegenüber wurden derartige Äußerungen, und werden es noch heute, als Zeugnisse für die Existenzberechtigung der Lehrervereine angeführt.

Welche Hoffnungen könnten wir nun an die Übertragung der Regierungsbefugnisse auf die Kreisinstanz knüpfen, d. h. nicht nur der materiellen, sondern der Verwaltungs-, Disziplinar- usw. Befugnisse, etwa in dem Umfang wie es durch die Verfügung vom 9. Februar 1898 auf die Schuldeputationen der größern Städte geschieht?

König des Kreises ist der Landrat in viel ausgesprochenerem Sinne als der Regierungspräsident im Bezirk. Die preußische Staatsgewalt hat das Kollegialsystem, das früher in größerm Umfang bestand, immer mehr im Sinne des Präfektentums umgeändert. Dem Oberpräsidenten steht überhaupt keine Kollegialbehörde in der allgemeinen Verwaltung zur Seite, und auch der Regierungspräsident ist in den meisten Handlungen nahezu selbständig. Noch in größerm Maße gilt dies vom Landrat. Die Persönlichkeit des Landrats wird deswegen für die Schulverwaltung des einzelnen Kreises von größter Bedeutung werden. Daß diese mit dem Agrariertum auch jetzt noch eng verbundene Amtsstelle sich ausnahmslos oder auch nur in der großen Mehrzahl der Fälle gedrungen fühlen sollte, das Schulwesen moderner aufzufassen, als die Bezirksregierung, ist nicht sehr wahrscheinlich. Indessen würde bei dieser Organisation der Verwaltung die Lehrerschaft in ihrer Standesorganisation eine viel direktere Einwirkung auf die Verwaltung haben als jetzt. Der Weg zur Bezirksregierung ist weit.

Zudem haben unsre Lehrervereine vielleicht in übergroßem Idealismus und nicht genügendem Realismus für die einzelnen Regierungsbezirke überhaupt keine organisatorische Spitze geschaffen. Es befremdet einigermaßen, daß wir Provinzial-Lehrervereine, aber nicht Bezirks-Lehrervereine haben — nur in Hannover, Wiesbaden und Kassel bestehen sie. Würde das Vereinswesen nach Regierungsbezirken gegliedert sein, so würden jedenfalls die Beziehungen zu der betreffenden Amtsstelle nähere und direktere sein. Im Kreise würde der Kreislehrerverein bezw. das Kreisbureau mit dem Landrat und der Kreisschulverwaltung in die unmittelbarste Beziehung treten können. Die Wünsche könnten persönlich vorgetragen und mit agitatorischen Mitteln verstärkt werden.

Aber der Landrat ist ein ausgesprochen politischer Beamter. Er steht insbesondere den Wahlen oft so nahe, daß man starke Bedenken dagegen haben kann. Es ist vorauszusehen, daß der Landrat als erster Schulbeamter gewisse Wünsche in bezug auf das politische Verhalten der Lehrer seines Kreises nicht unterdrücken wird. Darin liegt eine große Gefahr, aber auch eine gewisse Gewähr für billige Berücksichtigung der Schulinteressen. Ein Landrat, der es mit der Lehrerschaft seines Kreises verdirbt, wird damit rechnen müssen, daß bei genügendem Schutze des Wahlgeheimnisses die Unzufriedenen ihrem Mißvergnügen fühlbaren Ausdruck geben, Grund genug, diese Mißstimmung durch entsprechendes Entgegenkommen zu vermeiden. Allerdings hängt es ganz von der freiern oder unfreiern Stellung der Lehrerschaft ab, ob sie bei dieser gegenseitigen Bedingtheit im Vorteil oder im Nachteil ist.

Andre Vorteile der Änderung sind jedenfalls darin zu sehen, daß die Kreisbehörden viel direkter auf die Gemeinden einwirken können, als die Bezirksregierungen, daß die Kreisverwaltung einer renitenten Gemeinde gegenüber auch mancherlei Repressalien ausüben kann, der staatliche Einfluß also viel fühlbarer, praktisch viel schärfer geltend gemacht werden kann.

Auch darin liegt ein Vorteil, daß die einzelnen Kreise miteinander in Konkurrenz treten würden, Rückstand und Fortschritt hier und dort an andrer Stelle leicht gemerkt und fühlbar gemacht werden könnten, während so große Gebiete wie die Regierungsbezirke aus diesem Umstand nur schwer einen stärkern Antrieb gewinnen.

Die segensreichste Folge der Änderung würde jedenfalls die sein, daß die Schullasten ganz oder zum großen Teil von den Gemeinden auf die Kreise übergehen könnten, was Frhr. v. Zedlitz, an ältere liberale Vorschläge (Gneist) anknüpfend, auch ins Auge faßt. Sicherlich würden dadurch die kleinen Gemeinden, die jetzt jeder Schulforderung gegenüber sich abwehrend verhalten, weil sie in den eignen Geldbeutel greifen müssen, dazu gebracht werden, auch darauf zu dringen, daß ihre Schulen nicht hinter andern zurückbleiben. Wenn man aus einem größern Geldbeutel seine Bedürfnisse befriedigen kann, so ist man zu Forderungen mehr geneigt, auch dann, wenn man diesen Geldbeutel selbst füllen helfen muß.

Im übrigen käme alles darauf an, in welchem Geiste diese Regelung in Angriff genommen und wie sie im einzelnen durchgeführt würde. Dieselbe Maßnahme kann in der Praxis hemmend und auch fördernd wirken, je nachdem sie gedacht und ausgeführt wird. Aber auch vorausgesetzt, daß es sich nicht, wie durch die Empfehlung des Frhrn. v. Zedlitz trotz aller gefälligen Einkleidung hindurchklingt, darum handelt, übermäßige Schulforderungen abzuwehren, würde diese Reform doch nur Flickwerk sein, würde nur einen kleinen Teil der in viel weitergehendem Maße reformbedürftigen preußischen Volksschulverwaltung berühren.

Unserm Schulwesen war bis vor kurzem der Begriff der Selbstverwaltung fast vollständig fremd. Die Schulen waren nach dem Allgemeinen Landrecht Veranstaltungen des Staates, und die in den Gemeinden eingesetzten Organe, die Schulvorstände und Schuldeputationen, wurden von der Schulbureaukratie durchweg als Organe der staatlichen Schulaufsicht gedacht, und überall, wo sie sich als kommunale Organe zu fühlen begannen, erfolgten unliebsame Zusammenstöße. Erst in neuerer Zeit ist der Gedanke der Selbstverwaltung auf dem rein materiellen Gebiete in die Schulverwaltung eingezogen. Das Gesetz von 1887 hat den Organen der Kreis-, Bezirks- und Provinzialverwaltung große Befugnisse eingeräumt.

Nach der pädagogischen Seite dagegen steckt die Selbstverwaltung vollständig in den Kinderschuhen. Erst das gegenwärtige Schulunterhaltungsgesetz hat den Lehrern im ganzen Staate das Recht der Vertretung in den kommunalen Schulorganen gegeben. Bis dahin war die Teilnahme an der örtlichen Schulverwaltung nur in einzelnen Bezirken auf nichtpreußische Gesetze, im übrigen auf ministerielle Verfügungen gestützt. Die jetzige Beteiligung der Lehrer an der Schulverwaltung ist aber auch in der lokalen Instanz eine völlig ungenügende und hört in den höhern Instanzen vollständig auf. Hier muß, wenn wir zu einer wirklichen Selbstverwaltung kommen wollen, die Reform einsetzen. Sie muß der Lehrerschaft von unten auf einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Schulwesens einräumen und diesen Einfluß bis zur höchsten, der Ministerialinstanz, hinauf möglich sicherstellen.

Vergegenwärtigen wir uns die tatsächlichen Verhältnisse im Lichte dieser Forderungen! Fragen wir zunächst: Besteht in unsrer Unterrichtsverwaltung andern Verwaltungen gegenüber irgend welche Anomalie? Leider, ja! Wir haben zwar Landwirtschafts-, Handwerker- und Handelskammern, Bezirks- und Staatseisenbahnräte, aber auch nicht den Ansatz zu ähnlichen Einrichtunggn auf dem Schulgebiete. Auch die allgemeine Staatsverwaltung und die Kirchenverwaltung sind auf allen Stufen durch Vertretungen, in denen das Fach- und Laienelement sich zusammenfindet, verstärkt bezw. eingeschränkt. (Schluß folgt).

Die Schulaufsichtsfrage im Breslauer Lehrerverein.

Nach monatelangen, zum Teil recht heftigen Kämpfen zwischen Rektoren und Klassenlehrern, als deren Ursache die bekannten Forderungen des Preußischen Rektorenvereins gelten mögen, war der Vorstand des Breslauer Lehrervereins auf Grund eines in der Dezembersitzung angenommenen Dringlichkeitsantrages beauftragt worden, noch im Januar für ein Referat in der Schulaufsichtsfrage Sorge zu tragen. Mit der Bearbeitung dieses Themas wurde Kollege Schuhmann betraut, der sich in der vorletzten Sitzung des Vereins vom 30. Januar seiner Aufgabe mit großem Geschick entledigte, so daß seinen durchaus objektiven, ohne alle Leidenschaftlichkeit vorgetragenen Ausführungen allseitig zugestimmt werden konnte. In der ziemlich lang ausgedehnten, fast durchweg ruhig verlaufenen Debatte brachten noch einmal Rektoren und Klassenlehrer ihren Standpunkt in dieser viel umstrittenen Angelegenheit zum Ausdruck. Von seiten der Rektoren wurde ausdrücklich erklärt, daß sie durchaus nicht die Absicht gehabt haben, durch ihre Petition an den Magistrat die Ortsschulinspektion zu erstreben, daß sie aber für den äußeren und inneren Schulbetrieb Leitungs- und Aufsichtsbefugnisse verlangen. „Dienst“vorgesetzte im Sinne des Disziplinargesetzes wünschen sie nicht zu sein. Auch wurde versichert, daß die Frage der großen Systeme in der Petition gar nicht berührt worden sei.

Fast allgemein war die Versammlung der Ansicht, daß für den Breslauer Lehrerverein in einer Zeit, in welcher der Herr Kultusminister eine neue Dienstanweisung für die Rektoren in Aussicht gestellt habe, geradezu die moralische Verpflichtung bestehe, daß er als Vorortsverein die Wünsche der hiesigen Lehrerschaft bezüglich der Schulaufsicht öffentlich zum Ausdruck bringe.

Es wurde hierauf beschlossen, eine Kommission zu wählen, welcher auf Grund der Ausführungen des Referenten und der im Anschluß daran erfolgten Aussprache die Bearbeitung einer Vorlage über die Stellung des Rektors und dessen Befugnisse, wie sie der Breslauer Lehrerverein als wünschenswert erachtet, übertragen werde. Als Mitglieder dieser Kommission wurden bestimmt der Referent des Abends (Kollege Schuhmann), der Vorsitzende des Breslauer Lehrervereins (Kollege Moese), der Vorsitzende des Breslauer Rektorenvereins (Rektor Kynast) und die Kollegen Theißig und Kapuste. — Nach vielstündigen, sehr sorgfältigen Beratungen konnte dem Verein in der Versammlung am Montag den 17. d. Mts. das Ergebnis der bei der Zusammensetzung der Kommission zum Teil recht schwierigen Arbeit in folgender Fassung unterbreitet werden.

Der Breslauer Lehrerverein legt seine Stellung zur Schulaufsichtsfrage in folgenden Sätzen nieder:

I. Die Fachaufsicht ist vollständig durchzuführen.

II. Die Ortsschulaufsicht hat in den Städten sowohl als auch auf dem Lande wegzufallen.

III. Der nächste Dienstvorgesetzte des Lehrers (im Sinne des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852) ist der Kreisschulinspektor.
IV. Zur Wahrung der Einheitlichkeit des Schulbetriebes ist an sechs- und mehrstufigen Schulsystemen das Rektorat erforderlich.
V. Die Befugnisse des Rektors sind durch eine besondere, einheitliche Instruktion zu regeln, bei deren Abfassung folgende Wünsche als leitende Gesichtspunkte Berücksichtigung finden möchten:
   1. Der Rektor ist der Vorgesetzte der Mitglieder des Kollegiums. Disziplinarbefugnisse stehen ihm nicht zu.
   2. Er hat als verantwortlicher Leiter für das äußere und innere Wohl der Schule zu sorgen.
   3. Das Mitbestimmungsrecht und Mitverantwortlichkeitsgefühl der Mitglieder des Kollegiums ist dadurch zu stärken, daß wesentliche, den inneren Schulbetrieb berührende Fragen der Beschlußfassung der Systemkonferenzen unterliegen, die durch den Rektor einzuberufen sind, aber einberufen werden müssen, wenn die Mehrheit des Kollegiums sich dafür entscheidet. Stimmt der Rektor den Mehrheitsbeschlüssen nicht zu, ist seinen Anordnungen bis zur Entscheidung der anzurufenden Behörde Folge zu leisten.
   4. Amtliche Berichte, die Mitglieder des Kollegiums betreffen, sind diesen — entsprechend der wiederholten Forderung der Lehrer auf Vorlegung der Revisionsberichte der Kreisschulinspektoren — vor Weitergabe zur Kenntnis zu bringen.
VI. Maßgebend für die Berufung in das Rektorat sei langjährige Bewährung im Dienste und, solange die gegenwärtigen Bestimmungen über Lehrervor- und -fortbildung bestehen, Ablegung der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung.

Im Zusammenhange mit der Schulaufsichtsfrage steht auch die Frage der kleinen oder großen Schulsysteme. Die Kommission empfiehlt, die Erörterung dieser Frage ihrer Wichtigkeit wegen einer besonderen Versammlung zuzuweisen.

Kollege Kapuste, der über die Kommissionsverhandlungen referierte, konnte zu seiner eigenen und der anderen Befriedigung kundtun, daß sämtliche Sätze mit völliger Einstimmigkeit der Kommissionsmitglieder aufgestellt worden sind, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß mit der zu erwartenden Annahme der Vorlage der lange Streit sein Ende erreichen und dauernder Friede dem Verein beschieden sein möchte.

Bei der nun folgenden Abstimmung, die en bloc erfolgte, wurden die Sätze mit allen gegen eine Stimme angenommen. K. S.

Deutsche Lehrerversammlung.

Die umfangreichen Arbeiten, die die Vorbereitungen für die Deutsche Lehrerversammlung bedingen, sind in vollem Gange. Am 25. und 26. Januar weilte der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Herr Röhl, in Dortmund, um sich aus eigener Anschauung über den Stand der Vorarbeiten zu unterrichten. In seiner Sitzung am 25. Januar gab der Hauptausschuß durch seine Abteilungsvorsitzenden einen Überblick über seinen Arbeitsplan und die erledigten Arbeiten. Den Teilnehmern der Deutschen Lehrerversammlung sollen folgende drei Festschriften überreicht werden: 1. ein Festbuch, 2. ein Führer durch die Versammlungen und Veranstaltungen mit Führer durch die Stadt Dortmund, 3. ein Führer durch die Ausstellungen. Alle drei Schriften sollen ein Gepräge erhalten, das ihnen einen bleibenden Wert gibt. Das Festbuch bringt in mehreren wertvollen Aufsätzen die Wechselwirkung zwischen Industrie und Volksbildung zum Ausdruck. In seiner ersten Arbeit gibt es ein Lebensbild Fritz Harkorts, unseres Volksmannes, unseres Tribunen der heimatlichen Industrie und der Volksschule. Sodann zeigt es in einem Artikel von Pfr. Traub, wie unsere Industrie, unsere Existenz abhängig ist von Kohle und Eisen. D. Naumann bespricht sodann das Verhältnis zwischen Industrie und Volksbildung. Es folgen Industrie und Volksschullehrplan, Großstadt und Volksschulbau und Industrie und Schulhygiene. Dieser Artikel leitet über zu der mit der Deutschen Lehrerversammlung verbundenen Ausstellung, die in der ersten ihrer vier Abteilungen die Hygiene des Hörens und Sprechens bringt. Hierzu bietet der Führer durch die Ausstellungen Arbeiten von ärztlichen Autoritäten. Zur zweiten Abteilung, Heimatkunde, liefert der bekannte Geologe Professer Walter in Jena einen Beitrag. Die dritte Abteilung bringt zur Darstellung, was bei der Kürze der Zeit aus der Schulgeschichte Westfalens durch unseren eifrigen Sammler zusammengebracht werden konnte, und die vierte Abteilung der Ausstellung endlich zeigt die wertvollsten Neuheiten auf dem Gebiete der Lehrmittel. Als Ausstellungslokal ist eine 24-klassige Volksschule in Aussicht genommen, die seit dem 1. Oktober in Benutzung ist und allen Anforderungen an einen modernen Schulbau entspricht. Der nun noch zu erwähnende Führer durch die Verhandlungen und die Stadt Dortmund soll das ganze Programm der Deutschen Lehrerversammlung in bezug auf Verhandlungen und Veranstaltungen enthalten. Auch dieses wird mit interessanten Arbeiten ausgestattet: 1. Geschichte der freien Reichsstadt Dortmund, 2. Entwicklung Dortmunds zur Industriestadt und 3. Westfälische Volkskunde und das Dortmunder Museum.

An festlichen Veranstaltungen wird den Teilnehmern geboten am 9. Juni ein Konzert des Lehrergesangvereins und als Festvorstellung im Stadttheater die Oper Lohengrin. Am 10. Juni nachmittags findet in der Synagoge ein Orgelkonzert mit Orchesterbegleitung und Gesangaufführungen eines gemischten und eines Knabenchores statt. Die stehenden Veranstaltungen, Begrüßungsfeier und Schlußkommers, werden eine der Bedeutung unserer Tagung würdige Ausgestaltung finden. Für die Nachmittage der Verhandlungstage sind Besichtigungen von Steinkohlenzechen und großen Eisenwerken, sowie eine Fahrt zum weltberühmten Hebewerk in Aussicht genommen. Am ersten Verhandlungstage nachmittags soll das Festmahl stattfinden, und für den zweiten Verhandlungstag ist am Nachmittage eine Fahrt nach Hamm zum Falkdenkmale mit Huldigung Falks geplant. Außer weiteren Ausflügen für die vor den Verhandlungstagen eintreffenden Gäste ins westfälische Sauerland, ins Wittgensteinerland und Siegerland mit seinen herrlichen Bergen und Wäldern, zum Hermannsdenkmal, zum Niederwalddenkmal und event. nach Holland werden ein- und zweitägige Touren zur Drachenhöhle, zum Felsenmeer, zum Hönnetal usw. zur Auswahl gestellt. Für Donnerstag, den 11., ist eine gemeinschaftliche Fahrt zum Hohensyburgdenkmal und Harkortdenkmal in Aussicht genommen. Mit einer großen patriotischen Feier am Hohensyburgdenkmal auf den herrlichen Ruhrbergen soll die Dortmunder Tagung würdigen Abschluß finden. — Mit großem Interesse nahm der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins die Berichte der Abteilungsvorsitzenden ergänzend und beratend entgegen, allen für die umsichtige und fleißige Tätigkeit dankend, mit der die Vorbereitungen für die Deutsche Lehrerversammlung in Angriff genommen sind. Glück auf!

Mit der Deutschen Lehrerversammlung wird eine Schulausstellung verbunden sein. Diese gliedert sich in folgende Abteilungen: I. Schulhygiene, II. Schulgeschichte, III. Heimatkunde, IV. Lehrmittelneuheiten. Bei Abteilung IV werden nur Lehrmittel zugelassen, die in den Jahren 1906, 1907, 1908 dem Handel übergeben wurden. Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens stiftete für die Ausstellung 2 Preise von je 100 ℳ, 1. für die besten biologischen Präparate (einzureichen sind: Libelle, Totengräber und Kohlweißling), 2. für die beste Verdunkelungsvorrichtung für Klassenzimmer. Die näheren Bedingungen dieses Preisausschreibens sind von Herrn Lehrer Suntrop, Dortmund, Roonstr. 37 zu beziehen.

Kunst.

Konzert des Spitzerschen Männergesangvereins. Nicht weniger als fünf große und drei kleine Chöre waren Novitäten, und mit ihnen sicherte der Verein seinem diesjährigen Konzert von vornherein das Interesse der musikliebenden Kreise. Maßvoll modern gibt sich diesmal der Altmeister der modernen Chorkomposition: Friedrich Hegar. Weder in dem „Bundeslied“, noch im „Reutti im Winkel“ läßt er die Stimmen derart aufeinanderplatzen, daß die beleidigten Ohren des Zuhörers Protest erheben müßten. Die drei mittleren Strophen des Bundesliedes prangen sogar in schwellender lyrischer Schönheit, und die fünf Strophen des „Reutti“ gaben den prächtigen Humor der Scheffelschen Dichtung in einer Weise wieder, durch die trotz treffender Charakteristik die Interessen der Musik nicht geschädigt werden. Interessant waren zwei Kompositionen ruhigen Charakters: „Nachtlied“ von R. Schubert (Leuckart-Leipzig) und „Los des Menschen“ von H. Wagner. R. Schubert soll Vereinsmitglied der Spitzerianer sein. Wenn das zutrifft, so hat der Verein wohl daran getan, die Komposition (als Uraufführung) herauszubringen. Schon aus dem Grunde, weil man diejenigen, die sich auf musikalischem Gebiete strebend bemühen, nicht immer wieder in die schiefe Lage bringen soll, vor fremden Türen anklopfen zu müssen, wenn im eigenen Hause genügend Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Der Prophet soll in seinem Vaterlande nichts gelten? Sympathischer ist aber der gegenteilige Standpunkt. R. Schubert hat seinen Chor über ein gedanken- und gemütstiefes Gedicht Hebbels geschrieben. Wichtig ist dabei die Feststellung, daß der Hebbelsche Text eine musikalische Umkleidung nicht bloß verträgt, sondern förmlich verlangt. Auch der andere Umstand spricht für den musikalisch-poetischen Sinn des Autors, daß er mit breiten Linien malt, seine melodischen Bogen möglichst weit spannt und in ruhenden Akkorden eine Vorstellung zu geben sucht von der Sternennacht und von dem schützenden Kreise, den der Schlaf um die in gefährliche Fernen wandernden Spekulationen des einsamen Denkers zieht. Die leichte Bewegung in der zweiten Strophe schädigt durchaus nicht den Charakter des Stückes, ist durch den Text sogar geboten und könnte sogar noch eine Nuance lebhafter sein. Sie folgt auch aus dem sehr wichtigen praktischen Grunde, daß es schwer ist, einen großen Männerchor bei lauter langgedehnten Akkorden auf der richtigen Tonhöhe zu halten. Die ganze Arbeit Schuberts zeugt von Geschmack und Verständnis. Ähnliches läßt sich vom „Los des Menschen“ von H. Wagner, dem Dirigenten des Schubertbundes in Wien, sagen. Nur daß hier zur Verstärkung des Eindrucks Streichinstrumente und eine Sängerin aufgeboten wurden. Die Schlußstrophe ist nicht ohne

tiefe Wirkung. Da sie aber technisch den „Abgesang“ und inhaltlich die philosophische Schlußfolgerung aus den vorangegangenen Strophen darstellt, so hätte sie der Komponist etwas breiter behandeln sollen. Der vorzeitige Abbruch schwächt den Eindruck. Der [illegible] Treffer unter den neuen Chören war „Kamerad komm“ von A. Klughardt, eine Komposition von ungewöhnlich scharfem Gepräge, charaktervoller Haltung und großer Stimmungskraft. Die größte Wirkung unter den bekannteren Chören muß Franz Schuberts „Gesang der Geister über den Wassern“ nachgerühmt werden. Der Genius der Musik schwebt über dem sympathischen Werke, gibt ihm seine Weihe und sichert ihm seine Unsterblichkeit. Die Spitzerianer erledigten das ganze Programm unter Leitung ihres ausgezeichneten Dirigenten, des Rektors Hugo Fiebig, mit dem gewohnten Schneid. Den ganzen Abend gab es nicht einen einzigen Moment, wo einem das Gefühl der Unsicherheit hätte kommen können. Auch in den gefährlichsten Chören, wie z. B. dem großen Sanktus von Zöllner, in dem das Tempo ungewöhnlich temperamentvoll genommen wurde, blieb die Einheit des Tonkörpers bis zur letzten Note völlig intakt. Daß hier der Chor höher schloß, als er angefangen hatte, kann eher als ein gutes Zeichen angesehen werden. Was der Verein an zarter lyrischer Tongebung produzieren kann, kam schon in dem Mittelsatze des ersten Hegarschen Chors zum Ausdruck und war auch noch in den letzten Chören von gleicher Qualität. Von den Stellen, die eherne Kraft verlangen, machten jene den besten Eindruck, wo die Tenöre nicht in die Kopftonregion hineingetrieben wurden. Geschah das aber, so entstanden durch die Schwächlichkeit des Falsettones im ersten Tenor und die gleichzeitig dreinfahrende Brustkraft des zweiten Tenors allemal dynamische Unstimmigkeiten. Selbstverständlich ist dafür nicht der Dirigent, sondern der Komponist verantwortlich zu machen. Ein Meisterstück der Vortragskunst war der Klughardtsche Chor „Kamerad komm“, in dem der Trommelschlag, namentlich wenn er wie aus der Ferne klang, von den Sängern täuschend nachgebildet wurde. Um das zu erreichen, mußten der Komponist wie der Dirigent in den betreffenden beiden Worten (Kamerad komm) natürlich den Ton auf die erste Silbe legen. Die drei Volkslieder „Scheiden“ von Wohlgemuth, „Drei Wünsche“ von Othegraven und „Bäurin, komm rasch nach Haus“, gefielen wieder ausnehmend. Als Solisten waren zu dem Konzert engagiert worden Frau Martha Schauer-Bergmann und Herr Musikdirektor Fuchs aus Königsberg. Frau Schauer-Bergmann sang eine musikalisch belanglose Arie aus dem neuen Oratorium „Die Jungfrau von Orleans“ von Lorenz, die Sopranpartie in dem „Los des Menschen“ und endlich, vom Dirigenten auf einem Bechsteinflügel begleitet, ein sehr unschuldiges und gleich darauf (!) ein sehr sinnliches Lied („Da ich ein Kind war“ von Gretscher und „Heimliche Aufforderung“ von Strauß), beide mit großem Erfolge. Viel weniger Beifall verdiente der Pianist, der drei schwere Stücke (Ballade von Chopin, „Liebesträume“ von Liszt und die 14. Rhapsode von Liszt) recht schwunglos und wenig poetisch vortrug.

Joseph Schink.

Wochenschau.

Riesengroß liegt diesmal der Stoff vor uns aufgehäuft. Ganze Stöße von Zeitungen haben sich angesammelt mit langen, zum Teil sehr interessanten und wichtigen Berichten über die parlamentarischen Verhandlungen der letzten Tage. Hoffnungslos blicken wir auf das Spaltengewimmel; ein Wochenblatt ist absolut nicht in der Lage, auch nur einen nennenswerten Bruchteil all der Verhandlungen wiederzugeben. Wir können nur den allgemeinen Eindruck verzeichnen, den von fern und doch so nahe diese rednerischen Ereignisse auf uns machen. Es wird wohl keiner in unsern Reihen sein, der nicht ernsten Antlitzes in den Tagesblättern den Gang der Dinge verfolgt hätte. Schwere politische Wehen lasten im Hintergrunde, ein erbitterter Kulturkampf spielt sich da ab, der nicht mit Rede und Gegenrede auszutragen ist, sondern nur durch einen elementaren Umschwung oder durch einen sehr langsamen geistigen Umwandlungsprozeß gelöst werden kann. Darüber können ganze Geschlechter zu Grabe getragen werden. Wir sehen einen Block vor uns, der nicht mit Kunst und Vorbedacht zusammengefügt, sondern natürlich aus der Tiefe her verwachsen ist und sobald nicht getrennt werden kann. Mit Begier finden sie sich immer wieder zusammen als einheitliche Schicht, das unzerstörbare Zentrum und die hochorthodoxen Feudalen. Alle andern, die nicht so denken können und wollen, mit diesen letzteren in eine Phalanx zu einigen, ist ein Werk fast über Menschenkraft. So sehen wir sie denn fest haften an der geistlichen Schulaufsicht, die sie hüten wie ein Heiligtum. Auch das Ministerium ändert daran nichts bei der weitaus größten Anzahl der Schulen. Nur bei sechs- und mehrklassigen Schulen soll der Ortsschulinspektor in Wegfall kommen. Die fachmännische Kreisschulaufsicht bewilligen sie nur mit Widerstreben. Auch in diese Instanz zieht der Geistliche mehr und mehr hauptamtlich ein. Ein verändertes Wahlgesetz scheuen sie; es könnte ihre Herrschaft abbröckeln. In der Regel wird der Geistliche der Vorsitzende im Schulvorstande. Immer und immer wieder verkündigen sie unter brausendem Beifall die alte Forderung: Weniger Wissen, mehr Religion! Als wenn die Lehrer zurzeit nicht selbst in tausend Artikeln über religiöse Vertiefung nach den heilsamsten Wegen suchten. Doch das sind in den Augen jener Leute nur Irrpfade. Der Lehrer gehört unter feste, stramme geistliche Zucht. Wir empfinden nicht die geringste Lust, alle die salbungsvollen Reden nachzuschlagen. Sie sind durchweg von gleicher Prägung und uns seit Dezennien bekannt. Die armen Sisyphusse, die dagegen ankämpfen müssen, können uns nur herzlich leid tun. Sehr nahe gegangen ist uns ein Appell des Abg. Schiffer, worin er ausführte: „Die Zwistigkeiten innerhalb des Lehrerstandes bedauern wir aufs tiefste, sie erschweren uns außerordentlich die Wahrung der Interessen beider Teile. Ich richte von dieser Stelle aus an die Lehrerschaft den dringenden Wunsch, alle diese Zwistigkeiten zurückzustellen, weil Höheres auf dem Spiele steht!“ — Werden diese Worte fruchtlos gesprochen sein? In gewissen Blättern lesen wir wieder die alten, erbitterten Angriffe gegen die egoistischen Großstadtlehrer, und im Rheinlande wogt und schäumt der Rektorenkampf. Vom Vorstande des „Preuß. Lehrervereins“ fordert man in heftiger Aufregung Rechenschaft, warum zur Lösung dieser Frage noch keine Vertreterversammlung angesetzt ist. Hierzu bemerkt das „Schulblatt der Prov. Sachsen“, „daß der Vorstand ja gar nicht die Absicht hegt, die Erledigung der Schulaufsichtsfrage bis zum Jahre 1910 hinauszuschieben, und daß der Geschäftsf. Ausschuß selbst erklärt hat, die Besprechung der Schulaufsichtsfrage werde auf dem nächsten Lehrertage bei Beratung des Besoldungsgesetzentwurfs unvermeidlich sein und sich ohne Zweifel auch als nützlich erweisen. Daß bei dieser Gelegenheit eine gründliche Erörterung nicht möglich sein wird, liegt klar auf der Hand — die Besoldungsfrage wird den Umständen gemäß den Hauptteil der Verhandlungen in Anspruch nehmen müssen.“ — Da die verheißene Dienstanweisung vom Minister schnell genug kommen kann, so werden wir uns wohl auch mit unserm friedlichen Ölblatt beeilen müssen.

Ein probates, aber etwas gewaltsames Mittel, die Geister wieder in Reihe und Glied zu bringen, sind schroffe, grundlose Angriffe von außen her. Da fühlen alle den gemeinsamen Schlag und setzen sich kräftig zur Wehr. Eine solche Provokation leistete sich der ultr. Neißer Abgeordnete Stull. Was er sagte, erkennen die Kollegen aus der Erwiderung, die der freis. Abg. Cassel auf dem Fuße folgen ließ. Diese lautete nach dem Bericht der „Pr. Lztg.“: „Einen Vorwurf des Vorredners muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Er hat behauptet, daß alle diejenigen Lehrer, die Gegner der geistlichen Schulaufsicht seien, entweder solche seien, die mit den Disziplinarbehörden in unangenehme Berührung gekommen seien, oder solche, die infolge ihrer Moralität die Aufsicht fürchteten. In dieser Behauptung liegt eine Beleidigung für weite Kreise der Lehrerschaft. (Sehr richtig! links.) Es gibt Lehrer genug, die aus tiefster Überzeugung von der Bedeutung des Lehrerstandes heraus und aus Interesse für die Schule eine besondere Schulaufsicht durch Nichtschulmänner neben der Kreisschulaufsicht nicht für ersprießlich halten.“ Ein zweiter Zentrumsmann versuchte Tags darauf eine Rechtfertigung seines Kollegen, dessen Ausdrücke ja gar nicht so übel gemeint seien; aber er scheint wenig Anklang gefunden zu haben.

Mit zwei Beilagen.

No. 8. **Erste Beilage zur Schlesischen Schulzeitung.** 37. Jahrg.
Breslau, 20. Februar 1908.

Die Besoldungsfrage wurde in der langen, wogenden Debatte nur einmal berührt. Der Abg. v. Zedlitz erklärte rundweg, daß die in der Presse veröffentlichten Sätze auf seine und seiner Parteifreunde Zustimmung nicht zu rechnen hätten. Eine gleiche Besoldung sei notwendig. Auf die Besoldungskassen einzugehen verhinderte ihn die Glocke des Präsidenten. Bis auf den heutigen Tag sind die Sätze der „Köln. Volksztg." noch nicht widerrufen. Übrigens hat die Beamtenbesoldungsvorlage das Staatsministerium passiert, wie die „Schles. Ztg." meldet. „Nunmehr wird Text und Begründung des Entwurfs gemäß dieser Feststellung mit möglichster Beschleunigung endgültig redigiert werden und dann die Drucklegung erfolgen. Da diese des großen Umfanges des Materials wegen geraume Zeit erfordern wird, kann die Vorlegung des Entwurfs an das Abgeordnetenhaus schwerlich vor Anfang März stattfinden. Was die Vorbereitung für die Entschließung des Abgeordnetenhauses anlangt, so liegt die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission schon aus dem Grunde nahe, weil mit der Vorlage zugleich die Frage der Beschaffung der erforderlichen Deckungsmittel zu erledigen ist. Vorläufig aber hat man sich innerhalb der maßgebenden Parteien des Abgeordnetenhauses noch nicht über die Frage schlüssig gemacht, ob so verfahren oder eine besondere Kommission zur Vorbereitung gewählt werden soll." Soweit jenes halboffiziöse Blatt. Wir drucken geduldig nach und denken, es wird wohl so sein.

Die Verhältnisse haben sich recht scharfkantige Personen erzogen. Wir glauben schon, daß Herr v. Heydebrand einen großen Hörerkreis um sich versammelt, wenn er seinen markanten Standpunkt immer wieder zum Ausdruck bringt. Uns sagt er ja nichts Neues. Männer aber von seiner Klarheit und Prägnanz, die auch in ihrer selbstbewußten Offenheit einen verblüffenden Ausdruck nicht scheut, werden immer eine Gefolgschaft haben, die auf den Mann schwört. Einen solchen Redestoß auf die Brust zu führt jetzt die „Pr. Lztg." ihren Lesern vor. Sie vermerkt in einem kurzen Appendix zu unserm Bericht über die Unterredung in Militsch, wir hätten einen charakteristischen Satz weggelassen, „der mehr als alles andere die Stellung der konservativen Partei zu dem Volksschullehrerstand kennzeichnet". Herr v. H. habe unsern drei Delegierten u. a. noch gesagt: „Sie haben sich den Beruf gewählt, nun müssen Sie auch die Konsequenzen tragen." — Hierzu bemerkt die „Pr. Lztg." drastisch: „Recht hat der Herr Abgeordnete ja, und darum müßte man diese Worte in großen Lettern an dem Eingang zu jeder Präparandenanstalt und zu jedem Seminar anbringen." — Der Ausdruck klingt ja in seiner Schroffheit nahezu lieblos. Wir sind davor zurückgeschreckt, ihn zu bringen, da wir annahmen, Herrn v. H. würde der Satz selbst hinterher peinlich berühren, wenn er ihm gedruckt vor Augen käme. Dieses ärgerliche Gefühl wollten wir ihm schon aus taktischen und taktvollen Gründen ersparen. Übrigens lagen uns zwei verschiedene Lesarten vor, von welchen die eine etwas dezenter so lautete: „Eine Unzufriedenheit mit Ihrem Berufe könne es doch nicht geben, da Sie sich denselben doch gewählt haben." Auch über diese Fassung könnte man lange, unliebsame Betrachtungen anstellen. Verlassen wir dieses für beide Seiten sehr lehrreiche Kapitel.

Nur sei es uns erlaubt, im Anschluß hieran einige freundliche Aussprüche wiederzugeben, die jüngst ein Wanderredner vom Bund der Landwirte namens Stegemann in der Lübener Gegend zum Besten gab. Wir zitieren sie ohne salzige Randglossen. Der Herr sagte u. a.: „In unserm Dorfe ist ein älterer Lehrer — Junggeselle — der bei 1000 ℳ Grundgehalt und 120 ℳ Alterszulagen sich sehr wohl fühlt und sogar noch Geld spart. Das ist freilich ein Beispiel der Zufriedenheit, wie man es leider heutzutage selten findet!" — (Also, es lebe das Zölibat!) Ferner: „Unsere Freunde werden voll eintreten für die Grundsätze, welche Herr Herrmann-Friedersdorf entwickelt hat. — Aber wir wollen keine Staatsschule; der Lehrer soll nicht wie ein Gendarm ins Dorf geschickt werden." — „Wir auf dem Lande mit 200 und mehr Steuerprozenten müssen die Kinder heranbilden, und den Nutzen haben die Städte." — Sela.

Zum Schlusse noch einige Worte über den Liegnitzer Fall kontra „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung". Im Abgeordnetenhause brachte der Abg. Friedberg die Sache in scharfer Weise zur Sprache. Da erfuhr man nun aus dem Munde des Kultusministers, daß der Regierungspräsident von Liegnitz gar keine Weisung von obenher bekommen habe, seine erste Verfügung aufzuheben. Jene Bücher von Häckel etc. seien wirklich irreführend und gehören nicht in eine Volksbibliothek. Der Vorsitzende der „Gesellschaft" habe sich bereit erklärt, diejenigen Bücher, welche die Unterrichtsverwaltung für ungeeignet hält, auszumerzen und den zweiten Katalog, der diese Bücher enthält, nicht weiter zu verteilen. Der Minister erklärte, daß die „Gesellschaft" aus Reichsfonds Unterstützung erhalte. Er sei in Erwägung darüber eingetreten, ob es nicht angezeigt erscheine, die Befürwortung der Bibliotheken der Gesellschaft zurückzuziehen. Von konservativer Seite wurde dem Geschäftsführer der Gesellschaft, Tews, vorgeworfen, er stehe auf kirchenfeindlichem Boden. Dagegen wendete sich der Liegnitzer Abg. Fischbeck sehr energisch. Die Gesellschaft überlasse ihre Bücher jeder Bibliothek zu freier Auswahl. Auch der Abg. Schiffer bemerkte, dergleichen lasse sich nicht mehr unter eine Käseglocke setzen. — Mittlerweile wurde aus Lehrerkreisen dem „Boten aus dem Riesengeb." gemeldet, es sei ihnen vom Kreisschulinspektor folgende Verfügung zugegangen:

„Die Verfügung der Königlichen Regierung betr. Gesellschaft für Volksbildung ist infolge entstandener Mißverständnisse geändert worden."

Wie? ist noch nicht bekannt. Hört, hört, riefen die Abgeordneten, als Fischbeck ihnen kundgab, daß es auch eine große christliche Volksbibliothek gebe, deren Ehrenpräsident Herr Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff sei. Noch sehr dunkel erscheinen uns die neuerdings eingetretenen Verhältnisse und gemachten Zusagen aus dem Verwaltungskreise der Gesellschaft selbst. Wir glauben unmöglich, daß sich die Steine des Anstoßes so glatt mit der Fußspitze entfernen lassen. Jedenfalls werden über die weiteren Schritte noch sehr ernsthafte Verhandlungen stattfinden. Darauf kann man schließen, wenn man nachstehende Bekanntmachung liest, die auch uns zugegangen ist:

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath, hat für den 24. d. M. eine Sitzung des Zentralausschusses der Gesellschaft nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu der Liegnitzer Verfügung. Wir bemerken einigen mißverständlichen Mitteilungen gegenüber, daß nicht der allgemein als vortrefflich anerkannte Hauptkatalog der Gesellschaft „Bücher für Volksbibliotheken", sondern ein Nebenkatalog für populärwissenschaftliche Wanderbibliotheken wegen einiger darin enthaltener Bücher von der Regierung beanstandet worden ist. Wie wir hören, hat der Vorsitzende den Kultusminister um Angabe derjenigen Bücher ersucht, die behördlicherseits als für Volksbibliotheken nicht geeignet angesehen werden.

Ganz am Ende noch zum Scherz einen kleinen „Wutausbruch". Unter dieser Überschrift finden wir in dem liberalen „Liegn. Anz." einen Leitartikel, der uns bekannt gibt, daß dieser Wutausbruch in der konservativen „Liegn. Ztg." erfolgt ist und sich unter dem Titel „Eine brüske Herausforderung der Konservativen" gegen — die „Schles. Schlztg." richtet. Hm hm, ist uns ja nichts bekannt, nichts bewußt.

Wir waren doch immer ziemlich harmlose Leute und ließen alle Parteien am Leben. Wollen doch mal nachsehen, was wir verbrochen haben. Da stehts. Wir hätten die Werke von Häckel, Bölsche etc. „ohne Grund beanstandete Bücher" genannt. Das ist der Grund; dadurch hätten wir uns außerdem der „bodenlosen Unwissenheit und Urteilslosigkeit verdächtig gemacht". Wie denn, was denn? Sollte der Ausdruck leibhaftig von uns herrühren? Er schlägt etwas fremdartig an unser Ohr. Wir stöbern nach in unserm Sündenregister, finden ihn aber nicht. Endlich, heureka, entdecken wir ihn. Das hat der Feind getan, der böse Kirchen- und Christenfeind, die „Gesellschaft zur Vorbreitung für Volksbildung". In ihrem Rechtfertigungsartikel, der mindestens wohl durch 100 Zeitungen gegangen ist und den auch wir aufgenommen haben, findet sich der ganz zahme, noch dazu konditionell gebrauchte Ausdruck (No. 5 d. Bl. Seite 76, Zeile 14 von oben). Wir sind gerettet, haben uns keine brüske Herausforderung der gesamten Konservativen von Liegnitz bis Buxtehude zuschulden kommen lassen. Wir atmen auf. Die hundert andern Blätter sind ungerupft davon gekommen. Bloß wir müssen zappeln. Doch, Gott sei Dank, hei lebet noch! Doch die Lehrerschaft wird mobil gemacht in ganz Niederschlesien und den benachbarten Gauen durch folgenden Aufruf:

„Er (der Artikel der Schles. Schulztg.) beunruhigt uns nur darum, weil er unter Umständen uns veranlassen könnte, unsere Meinung von dem Wissen und der Urteilsfähigkeit der Lehrerschaft herabzusetzen, was uns schmerzlich wäre, und allein aus diesem Grunde bitten wir die Lehrerschaft dringend, öffentlich zu erklären, daß ihre Auffassung von der ganzen Angelegenheit sich mit der Schulzeitung in keiner Weise deckt."

Wollen somit alle Lehrer, klein und groß, jung und alt, ihre fulminante Erklärung abgeben an die gedachte Adresse „Liegn. Ztg.", Hausnummer unbekannt.

Mitteilungen.

Berlin. [Aus der Budgetkommission.] Bei Kapitel 121 (Elementar-Unterrichtswesen) fragte der Referent an, wie weit der Lehrermangel behoben sei. Ein Regierungs-Kommissar gab einen mit vielen Zahlen belegten Überblick über die Errichtung und die Frequenz der Seminare und Präparandenanstalten in der Amtsperiode des Herrn v. Studt. Von 1898–1907 seien 43 neue Seminare = 33⅓ v. H. aller bestehenden errichtet worden. Die Präparandenanstalten hätten sich um 110 v. H. vermehrt. Die Seminare würden von 15590 Seminaristen, die Präparandenanstalten von 20394 Schülern besucht, darunter seien 15 v. H. Lehrersöhne. Die Durchschnittszahl in den Klassen der Lehrerbildungsanstalten betrage über 30, habe sich also wesentlich gehoben. Die oft gehörte Behauptung, daß die Vorbildung der ins Seminar oder in die Präparandenanstalt eintretenden Schüler zu wünschen übrig lasse, sei unrichtig; auf eine gute Vorbildung werde großer Wert gelegt, die Anforderungen seien nicht zurückgegangen. Es seien z. Z. 87738 Lehrerstellen vorhanden. Man habe früher angenommen, daß auf je 600 Lehrerstellen ein Seminar ausreichend sei. Diese Annahme habe sich als irrtümlich erwiesen. Die Bevölkerung wachse alljährlich um etwa 80000 Schüler, für die 1300 Lehrkräfte und drei neue Seminare erforderlich seien. Der erste und wichtigste Grund des Lehrermangels sei darin zu suchen, daß von 1880–1898 wenig Lehrerbildungsanstalten errichtet worden seien. Die Regierung beabsichtige, mit der Neuerrichtung in verstärktem Maße fortzufahren und hoffe, bald des Lehrermangels Herr zu werden. Im Jahre 1902 seien 1923 unbesetzte Lehrerstellen vorhanden gewesen, die Zahl habe sich 1906 auf 3250 gesteigert und am 2. Oktober 1907 noch 3233 betragen, sei also im letzten Jahre etwas zurückgegangen. (!) Von den 3233 Stellen würden z. Z. 1170 von Lehrerinnen provisorisch verwaltet, für die übrigen sei eine Lehrkraft nicht zu beschaffen gewesen. Die überfüllten Klassen hätten sich in den letzten Jahren um 3 v. H. vermindert. — Auf die Anfrage eines freisinnigen Abgeordneten, ob die Normalzahl der Volksschüler in den einzelnen Klassen auch in Zukunft noch 80 bezw. 70 betragen solle, erwiderte der Minister, daß die Überfüllung der Klassen das größte Hindernis für die Leistungsfähigkeit sei. Er halte eine Zahl von 40—45 für zweckmäßig, aber zunächst müsse der Lehrermangel beseitigt werden, bevor an eine Herabminderung der Klassenfrequenz gedacht werden könne. — Von konservativen und Zentrums-Mitgliedern wird eine Vermehrung der Lehrerinnenstellen befürwortet. Die Lehrerinnen hätten Anspruch auf ⅛ der sämtlichen Stellen, während sie jetzt nur etwa ⅛ inne hätten. Auch müsse die Besoldung der Lehrerinnen erhöht und der der Lehrer mindestens angenähert werden. Von anderer Seite wurde dagegen betont, daß bei gleichem Gehalt die Gemeinden doch lieber Lehrer anstellen würden, weil die Lehrerinnen frühzeitiger pensioniert werden müßten. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Absicht bestehe, die Prüfung der Lehrerinnen so zu teilen, daß die wissenschaftliche Prüfung nach zweijährigem, die praktische nach dreijährigem Besuch des Seminars erfolge. Ein Abgeordneter wünschte gleiche Dauer und Lage der Ferien für Volks- und höhere Schulen. Ein Kommissar erklärte, daß es bei der im Jahre 1904 getroffenen Anordnung verbleiben müsse, nach der die Ferien der Volksschule auf 70 Tage einheitlich geregelt seien. Früher sei die Dauer sehr ungleich gewesen, sie habe zwischen 50 und 80 Tagen geschwankt. Bei der Vereinheitlichung seien die Ferien in etwa 60000 Gemeinden verlängert und nur in 65 Gemeinden verkürzt worden. Aus diesen 65 Gemeinden kämen nun die Klagen.

— Die Vereinigung für Deutsche Mittelmeerfahrten unternimmt wie 1907 auch in diesem Jahre eine Mittelmeerfahrt. Die Abreise erfolgt aus Genf am 15. Juli. Besucht werden Marseille, Barcelona, Palma, Algier, Tunis, Carthago, Oase Gabes, Tripolis, Malta, Syrakus, Taormina, Stromboli, Amalfi, Capri, Neapel, Pompeji, Rom, Montecarlo, Marseille und zurück nach Genf. Schluß der Reise am 4. August. Der Grundpreis von 375 ℳ bezieht sich auf freie Bahnfahrt III. Kl. und einen Schiffsplatz im Schlafsaal. Bei größeren Ansprüchen erhöht sich der Betrag. Nähere Auskunft erteilt Lehrer O. Hinz, Charlottenburg, Kirchstr. 35.

Breslau. [Pädagogische Abteilung.] Unter Bezugnahme auf die entsprechende Mitteilung in der vor. No. dieser Zeitung sei hiermit nochmals empfehlend hingewiesen auf den Vortrag, den Pastor Konrad Köhler, ein Sohn „unseres" Köhler, in der Sitzung am Donnerstag, den 20. d. Mts., über den Apostel Paulus halten wird. In Erwartung eines zahlreichen Besuches ist für diese Sitzung ein Saal gewählt worden. — Koll. Edmund Zobel wird ein Referat über ein neues Buch abstatten, das interessante Mitteilungen über Beobachtungen des geistigen Wachsens eines Kindes enthält.

— Im Lesezimmer der literarischen Abteilung hielt am 14. d. Mts. Koll. Otto Jülke einen fesselnden Vortrag über „Käthchen Schönkopf und Friederike Brion", die beiden Mädchen, welche in dem jugendlichen Goethe die ersten Flammen leidenschaftlicher Liebe entfacht haben. Das Hauptinteresse konzentrierte sich natürlich auf die Idylle von Sesenheim, die im Grunde doch eigentlich eine erschütternde Tragödie war. Der Vortragende verstand es, an der Hand eines reichen Quellenmaterials eine Schilderung jener viel umstrittenen Vorgänge zu geben, die den wirklichen Tatsachen — soweit dies überhaupt möglich ist — gerecht wurde. Insbesondere ließ er es sich in dankenswerter Weise angelegen sein, den häßlichen Literaturklatsch, der das Bild dieses reinen Mädchens zu beflecken versucht hat, mit gewichtigen Gründen ad absurdum zu führen. Man merkte es dem Referat deutlich an, daß sich der Vortragende nicht erst ad hoc mit dem Stoffe beschäftigt hatte, sondern auf Grund langer und eingehender Goethestudien leicht und frei aus dem Vollen schöpfen konnte. Die leider nicht allzu zahlreich erschienene Zuhörerschaft folgte darum auch mit gespannter Aufmerksamkeit den fast zweistündigen Ausführungen des Koll. J., der in späteren Vorträgen noch weitere Frauenbilder aus Goethes Leben behandeln wird.

Antonienhütte. [Teuerungszulagen.] Die Lehrerschaft, die bisher dem Patronat der Grafen Henckel von Donnersmark unterstellt ist, hat dieser Verwaltung ein Gesuch um Gleichstellung mit den Gehältern der Lehrer der andern Industrieorte unterbreitet. Dem Antrage wurde keine Folge gegeben. Dafür hat aber die genannte Verwaltung den betreffenden Lehrpersonen eine Teuerungszulage von 10% bewilligt, welche vom 1. Januar d. J. ab bis zur allgemeinen Aufbesserung der Lehrergehälter gezahlt werden soll.

Brieg. [Lehrerverein.] In der Sitzung am 11. d. Mts. schilderte Koll. Michler in einer humorvollen Plauderei seine Erlebnisse, die er bei seiner Reise „im Regen durch die Alpen" gehabt hat. — Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme „zur Rektoren- und Klassenlehrerfrage". Nach einem ausführlichen Referate des Koll. Hoffmann, das uns mit Stimmen aus beiden Lagern bekannt machte, wurden die folgenden Sätze angenommen: „1. An allen Volksschulen fällt die Lokalschulinspektion fort; der nächste Dienstvorgesetzte des Lehrers ist der hauptamtliche Kreisschulinspektor. 2. Mehrklassige Schulen haben Rektoren oder Hauptlehrer, deren Befugnisse durch besondere Dienstanweisungen geregelt werden, die auf die Rechte der Systemkonferenz und der Persönlichkeit des einzelnen Lehrers gebührend Rücksicht nehmen". In der Debatte kam noch zum Ausdruck, die Lehrerbildung müsse derartig sein, daß jeder Lehrer, der sich im Dienste bewährt hat, ohne besondere Prüfungen zur Leitung mehrklassiger Schulen und weiterhin auch zur Schulaufsicht befähigt ist. Über die Ernennung zu Schulleitern und Schulinspektoren müßten Bestimmungen getroffen werden, durch die die Beförderung unwürdiger Streber verhütet wird. Für die Wahl zu den genannten Ämtern dürfe nur die Bewährung im Berufe maßgebend sein. Die Gründung besonderer Rektoren- und Klassenlehrervereine, die eine Absplitterung von unserem Vereinskörper zur Folge hat, sei entschieden zu verurteilen.

Falkenberg O/S. [Lehrerverein.] Am 8. Februar d. J. hielt der Lehrerverein sein diesjähriges Wintervergnügen, das bei gutem Besuch einen angenehmen Verlauf nahm. Während des gemeinschaftlichen Essens brachte der Vorsitzende, Herr Neugebauer, ein „Hoch!“ auf den Verein aus, dem der allgemeine Gesang eines Tafelliedes folgte. Humoristische Vorführungen wurden in reicher Zahl geboten und erregten eine heitere Stimmung. Insbesondere wurde der von Lehrer C. M. Saul in Grunau bei Hirschberg verfaßte Schwank „Eine kleine Fliege!“ beifällig aufgenommen. Den Leitern von Vereinsfestlichkeiten kann Einsender das genannte lustige Theaterstück zur Aufführung sehr empfehlen.

Reg.-Bez. Liegnitz. Eigenartig ist auch eine Verfügung der Liegnitzer Regierung, datiert den 31. Dezember 1907, in welcher den Lehrern „methodische Winke“ gegeben werden und zwar folgendermaßen: „1. Alles, was das Kind selbst finden, sagen und tun kann, soll der Lehrer nicht sagen und tun. 2. Alles, was das Kind im Zusammenhange sagen kann, soll man ihm nicht im einzelnen abfragen. 3. Man gewöhne das Kind daran, daß jede Frage und Aufgabe nur einmal gesagt wird. 4. Es ist nicht mit den Besten, sondern mit den Schwächsten anzufangen, z. B. im Lesen und Rechnen. 5. Man soll das Kind nicht unterbrechen, sondern mit Berichtigungen warten, bis es ausgeredet hat. 6. In keinem Falle dürfen die Antworten von den Lehrenden angefangen werden. 7. Das gewohnheitsmäßige Zensieren oder Wiederholen der Antworten hat zu unterbleiben. 8. Sachlich unvollständige Antworten sind nicht zu dulden. 9. Jede Leistung ist durch Wiederholung und Übung zur möglichsten Vollkommenheit zu führen. Diese besteht darin, daß sie richtig, vollständig und selbständig sei. 10. Das Aufnehmen der Fragen in die Antworten ist nur für die Unterstufe am Platze. Später ist es ein ermüdendes und zeitraubendes, auch veraltetes Verfahren. Damit die Kinder in ganzen Sätzen reden lernen, frage man nicht nach einzelnen Worten, sondern nach Vorgängen, verlange Urteile und Schlüsse. 11. Die Kinder müssen sich ohne Kommando setzen, sobald ein anderes Kind gerufen wird, müssen ohne Kommando eintretende erwachsene Personen grüßen und ebenso ohne Kommando nach Schluß des Unterrichts das Zimmer ruhig und geordnet verlassen, sobald der Lehrer das Zeichen zum Abtreten gegeben hat. Demnach wünschen wir, abgesehen von der Zeit, in der die Kinder in die Schulordnung eingewöhnt werden, die immer wiederkehrenden Befehle: Setzen! Grüßt! Bankweise! nicht mehr zu hören. Denn der Zweck der Schulerziehung ist, daß das Kind von selbst weiß, was es zu tun hat.“ — Hierzu bemerkt das „Schulblatt der Prov. Sachsen“: „Was in dieser Verfügung zum Ausdruck gebracht wird, sind doch so elementare Regeln der »Unterrichtskunst«, daß sie bereits im Seminar den Lehrseminaristen in Fleisch und Blut übergegangen sein müßten. Jedes Lehrbuch der Pädagogik enthält sie. Warum sie da noch zum Inhalt einer Verfügung machen? In Lehrerkreisen des Regierungsbezirks bringt man diese Verfügung mit dem Eintritt des Schulrats Buth, bis vor kurzem Seminardirektor in Liegnitz (früher Pastor), in Beziehung.“

Amtliches.

[Bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. 2. kath. L. Rudolf Klenner in Schönfeld, Kr. Habelschwerdt, f. d. kath. L. Helene Aumüller in Löwen, Kr. Brieg, f. d. kath. L., Org. und Küster Max Scholz in Altbatzdorf, Kr Glatz.

[Widerruflich bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. 4. kath. L. Georg Huld in Eckersdorf, Kr. Neurode, f. d. ev. L. Eva Hoffmann in Breslau, f. d. kath. L. Maria Kolbe in Waldenburg, f. d. ev. L. Hedwig Schmidt in Breslau, f. d. kath. L. Helene Riese in Breslau.

[Verliehen] d. kath. L. Felix Leutner d. Lehrerstelle in Pronzendorf, Kr. Steinau, d. ev. L. Robert Warmuth d. 2. Lehrerstelle in Adelsbach, Kr. Waldenburg.

Vereins-Nachrichten.

Deutscher Lehrerverein.

Geschäftsführender Ausschuß
Sitzungen am 22. Januar und 5. Februar.

In beiden Sitzungen war eine große Zahl von kleineren geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen (Gesuche um Mitunterzeichnung öffentlicher Aufrufe, Kassenangelegenheiten, Personalien u. a.). In der ersten Sitzung hatte der Ausschuß außerdem eine Aussprache über Zeitströmungen in einzelnen Zweigvereinen und nahm den Bericht der Kassenrevisoren entgegen. — In der zweiten Sitzung machte der Vorsitzende ausführliche Mitteilungen über den Stand der Vorarbeiten für die Dortmunder Lehrerversammlung und berichtete über das 75jährige Stiftungsfest des Dresdener Lehrervereins, bei dem er den Jubelverein im Namen des Deutschen Lehrervereins begrüßt hat. Sodann begründeten die Vertreter verschiedener Kommissionen die finanziellen Forderungen, die von den Kommissionen für den Ausbau ihrer Arbeit gestellt werden. — Herr Prediger Dr. Clausnitzer hat durch den Verlag von B. G. Teubner in Leipzig der Clausnitzer-Stiftung als Reinertrag des Clausnitzer-Gedenkbuchs die Summe von 1 643,63 ℳ überwiesen. — Dem hochverdienten bisherigen Obmann des hessischen Landes-Lehrervereins, Rektor Backes in Darmstadt, hat der Ausschuß aus Anlaß seines Rücktritts von der Vereinsleitung ein Dankschreiben übersandt.

Preußischer Lehrerverein.

Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses
am 31. Januar und 7. Februar 1908.

Statistische Angelegenheiten und die Besoldungsfrage bildeten in beiden Sitzungen die Hauptgegenstände der Verhandlungen. Die von den Provinzial-Bureaus eingelieferten Gutachten über die erfolgte Probeaufnahme der allgemeinen Gehaltsstatistik usw., sowie die hinsichtlich der Einrichtung der statistischen Formulare seitens der ersteren geäußerten Wünsche wurden einer eingehenden Prüfung unterzogen. — Bezüglich der Besoldungsangelegenheit wurden die bei Erlaß der zu erwartenden Novelle zum Besoldungsgesetze zu unternehmenden Schritte erwogen. Die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses werden den Herren Vorstandsmitgliedern in einem Rundschreiben zwecks Stellungnahme umgehend unterbreitet werden. — Der Vorstand des Rheinischen Verbandes hat folgenden Antrag wiederholt: „Der Vorstand des Preußischen Lehrervereins wolle die Schulaufsichtsfrage auf die Tagesordnung des nächsten Preußischen Lehrertages bezw. der nächsten Preußischen Vertreterversammlung setzen“ mit dem Zusatze: „Diesem Antrage die erste Stelle der Tagesordnung zu geben“.

Auf der Vertreterversammlung des Westfälischen Verbandes zu Witten und der des Rheinischen Provinziallehrervereins zu Köln wird der Geschäftsführende Ausschuß durch die Kollegen Stolle bezw. Schwärzel vertreten sein.

Schlesischer Lehrerverein.

Diejenigen Vereine, welche Mitgliedskarten bestellt, aber bis jetzt nicht erhalten haben, wollen sich nochmals bei dem Unterzeichneten melden.

Panitz, Schriftführer,
Breslau V, Rehdigerstr. 19.

Quittung.

128,97 ℳ in Worten: einhundertachtundzwanzig Mark und siebenundneunzig Pfennige sind dem Vorstande des Schlesischen Lehrervereins von der Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a/M. — Abteilung für Feuerversicherung — auf Grund des § 5 des Vertrages vom 18. September/24. Oktober 1880 an Bonifikationen für die Zeit vom ersten Januar bis ultimo Dezember 1907 gezahlt worden. Indem wir dies zur Kenntnis der Mitglieder bringen, bitten wir zugleich, bei Feuerversicherungs-Abschlüssen, sich unseres Vertrages mit dieser Gesellschaft erinnern zu wollen.

Breslau, den 18. Februar 1908.

Bruno Tilgner.

Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau, e. G. m. b. H.

Generalversammlung Montag den 9. März abends 8½ Uhr im Saale von Paschkes Restaurant, Taschenstr. 21.

Tagesordnung.

1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1907.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über den Bericht des gesetzlichen Revisors.
4. Beschlußfassung über die Genehmigung
   a) der Bilanz,
   b) der Gewinnverteilung.
5. Entlastung des Vorstandes.
6. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.
7. Änderung der Darlehnsordnung. Vorstand und Aufsichtsrat beantragen zu § 12 der Darlehnsordnung und zu § 1 der Bestimmungen für den Lombardverkehr folgenden Zusatz:
   „Der Vorstand ist berechtigt, bei Darlehnen über 3000 ℳ eine dem jeweiligen Stande des Geldmarktes entsprechende Provision zu fordern.“

Jahresrechnung und Bilanz liegen in unserem Geschäftslokale für unsere Genossen zur Einsicht aus.

Der Aufsichtsrat der Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau, e. G. m. b. H.

G. v. Adlersfeldt, Vorsitzender.

Breslau. [Pädagogische Abteilung.] Sitzung Donnerstag den 20. Februar abends 8½ Uhr im kleinen Saale des „Café restaurants", Karlstr. 37 I. 1. Vortrag: „Zum Verständnis des Apostels Paulus" (Pastor Konrad Köhler). 2. Referat: „Bubis erste Kindheit." Ein Tagebuch von Ernst und Gertrud Scupin. (Koll. Edmund Zobel). Jedes Mitglied des „Breslauer Lehrervereins" wird hierdurch freundlich eingeladen.

Gesangverein Breslauer Lehrer. Sonnabend den 22. Februar Wintervergnügen im Konzerthause. Eintrittskarten für Gäste bei Kollegen Schulz, Wäldchen 1, und an der Kasse. — Anträge für die Generalversammlung (21. März) bis zum 1. März an den Vorstand.

Breslau. [Literarische Abteilung.] Sitzung Freitag den 21. Februar abends 9¼ Uhr im goldnen Schwan. Das Lesezimmer ist von 8—¼10 geöffnet.

Altwasser. Sitzung Mittwoch den 26. Februar nachm. 5 Uhr im Vereinslokale. 1. Vortrag (Koll. Hain oder Hoppe). 2. Geschäftliches. 3. Mitteilungen, Anträge.

Brieg. Sitzung Dienstag den 25. Februar abends 8 Uhr im Saale der Reichskrone. 1. Geschäftliches. 2. „Volksglaube in Schlesien" (Koll. K. W. Michler).

Bunzlau. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr im Hotel „Schwarzer Adler". 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Helene Kellers Bildungsgang" (Voigt).

Dt.-Lissa. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr bei Fuhrmann. 1. Vortrag (Koll. Völkel). 2. Ständiges Referat. 3. Wichtige Mitteilung.

Dittmannsdorf. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. 1. Gesang. 2. Vortrag: „Die Pflanze im Volksaberglauben" (Hainke). 3. Referat: „Über den Kometendruck" (Müller). 4. Verschiedenes.

Dyhernfarth-Bresa. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 5 Uhr bei Strecker in Dyhernfurth. 1. Gesang. 2. Vortrag: „Deutsches Frauenleben im Wandel der Jahrhunderte" (Koll. Grüger-Dyhernfurth). 3. Wahl eines stellvertretenden Schriftführers. 4 Kreisbureau Neumarkt (Lehrerversammlung in Breslau). 5. Mitteilungen und Anträge. Die sehr verehrten Vereinsschwestern werden herzlich gebeten, durch die Teilnahme an dieser Sitzung ihr festlichen Charakter zu geben.

Freiburg i/Schl. Sitzung Sonnabend den 22. Februar. 1. Vortrag: „Die sexuelle Frage in der Schule" (Koll. Erfurth). 2. Mitteilungen.

Gottesberg. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr. 1. Vortrag: „Aus dem Leben — für das Leben" (Kaergel-Fellhammer). 2. Bericht über die Deutsche Schule (Lorke-Fellhammer). 3. Besprechung wegen eines Wintervergnügens. 4. Geschäftliches.

Gröditzberg. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr im Großkretscham zu Adelsdorf. 1. Vortrag: „Fröbels Kindergarten" (Treutler-Alzenau). 2. Berichterstattung (Jordan-Großhartmannsdorf). 3. Geschäftliches.

Guhrau. [Pädagogischer Verein.] Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr. 1. Vortrag: „Fibel von Hirt und Missalek". 2. Geschäftliches.

Herrnstadt. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 5 Uhr im Vereinslokal. Vortrag (Koll. Wetzorke).

Jänkendorf O/L. Diejenigen Mitglieder, die mit ihren Angehörigen am Vereinsvergnügen am 29. Februar teilnehmen wollen, haben ihre Teilnahme und Anzahl von Personen bis Dienstag den 25. Februar Herrn Gastwirt Überschär in Jänkendorf mitzuteilen.

Königszelt. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 3 Uhr. 1. Gesang. 2. Vortrag (Koll. Rothe). 3. Bücherwechsel.

Lauban. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 5 Uhr im Gambrinus. Vortrag: „Napoleon I" (Koll. Budig).

Löwen. Stiftungsfest Sonnabend den 22. Februar bei Lehmann. Anfang abends 7 Uhr. Gäste dürfen eingeführt werden.

Lüben. [Lehrerverein für Naturkunde] Sitzung Mittwoch den 26. Februar im Prinzen. Vortrag: „Schutzeinrichtungen der Pflanzen" (Eilert-Lüben).

Mangschütz-Stoberau. Stiftungsfest Sonnabend den 22. Februar im Peiskerschen Gasthause zu Stoberau. Anfang abends 7 Uhr.

Neumittelwalde. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 5 Uhr im Vereinslokal. Vortrag: „Die Sprache Norddeutschlands und Süddeutschlands" [aus: „Unsere Muttersprache, ihr Werden und ihr Wesen" von Prof. Dr. Weise] (Koll. Scholz-Bukowine).

Neustädtel, Bez. Liegnitz. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr bei Meissner. 1. Protokoll. 2 Vortrag (Koll. Hellwig). 3. Geschäftliches. 4. Mitteilungen und Anträge. 5. Geburtstagsfeier des Herbergsvaters usw.

Oels. Sonnabend den 22. Februar nachm. 4¼ Uhr Vortrag des Herrn Seminarlehrers Tilgner über: „Drahtlose Telegraphie" in der Aula des Seminars.

Penzig O/L. u. Umgeg. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4¼ Uhr. 1. Vortrag: „Man frage nach Vorgängen, Urteilen und Schlüssen" (Elsner-Penzig O/L). 2. Die Missaleksche und die Hirtsche Fibel (Schubert-Penzig O/L). 3. Geschäftliches. 4. Beiträge, Bücherwechsel.

Peterswaldau-Steinseifersdorf. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 5 Uhr in Lindenruh. 1. Geschäftliches. 2. Berichte der Kollegen Tscherny, Kaske, Kopatschek.

Schmiedeberg i/R. Sitzung Sonnabend den 22. Februar abends 8 Uhr. 1. Vortrag: „Tiefseeforschung" (Koll. Kaul). 2. Ständiges Referat.

Strehlen. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4 Uhr im Reichsadler. Vortrag: „Die Willensvorgänge nach Prof. Wilh. Wundt" (Koll. Wolf-Podiebrad).

Sulau. Sitzung Sonnabend den 22. Februar nachm. 4½ Uhr bei Ullmann. Vortrag (Koll. Schrader).

Suschen. Wanderversammlung Sonnabend den 22. Februar in Neurode. 1. Vortrag (Koll. Steinicke-Mlinik). 2. Vortrag: „Leben und Tod auf Grund der modernen Naturforschung" (Koll. Jacobi-Suschen). 3. Geschäftliches.

Rezensionen.

Das Interesse. Sein Wesen und seine Bedeutung für den Unterricht. Eine Zillerstudie von A. Walsemann, weiland Rektor in Celle. Neubearbeitet von Dr. H. Walsemann. 2. Aufl. 124 S. Pr. 1,80 ℳ. Verlag: Carl Meyer (Gustav Prior) Hannover-Berlin. 1907.

Als Spezialwerk zur II. Prüfung wird in unserer Provinz oft das bekannte Werkchen von Dr. Ostermann „Das Interesse" gewählt. Solchen besonders sei zur Vergleichung das obige sehr anregende Buch empfohlen. Natürlich ist in dieser Neubearbeitung (1. Aufl. 1884) die psychologische Grundanschauung, wo eine Änderung nötig war, der modernen Psychologie angepaßt. Der 4. Unterteil des 1. Abschnittes (Versuche über das Interesse an den Schulfächern) bringt Tabellen und Vergleiche über Kieler (Lobsien), Breslauer (W. Stern) und Schleswiger (Dir. H. Walsemann) Statistiken.

Schmidt und Meusel. A. H. Frankes Briefe. Leipzig, Dürr. 1907. 170 S. Brosch. ?

Die Herausgabe dieser an den Grafen Heinrich Reuß zu Köstritz und seine Gemahlin gerichteten Briefe ist ein Akt der Pietät der Verlagshandlung und bildet einen nicht uninteressanten und wertvollen Beitrag zur Geschichte des Pietismus.

Briefkasten.

Eine ganze Anzahl von Artikeln, frisch eingegangen, konnten wir noch nicht lesen. Erst muß immer die laufende No. heraus, ehe wir uns mit neuen Sachen von Umfang beschäftigen. Fernab liegende Stoffe, Reisebeschreibungen etc. können jetzt kaum beachtet werden. — **P. hier.** Verhandlungen vom Montag heut gelesen, darunter manches recht Erfreuliche, Lobsprüche, Avancementsaussichten. Kann aber erst in der nächsten No. Platz finden. — **St. in Tr.** Sieht wohl zu sehr nach Fabrikarbeit aus. Wollen aber zusehen. Die Sache ist wirklich zu bedenken. — **Schweidnitzer.** Ein paar frohe Stunden mitten in trüber Zeit haben einen doppelten Wert. Freuen uns dieses Grußes ganz besonders und grüßen wieder! — **X. Y. Z.** Rieger, „Wegweiser für die Berufswahl der Volksschüler", Tarnowitz, Selbstverlag, Pr. 15 ₰. Im Auftrage des Tarnowitzer Jugendfürsorge-Vereins herausgegeben. Weit verbreitet. — **U. hier.** Geistliche zählen ja extra. — **Servus.** Wollen die Sache mal vorsuchen. Vielleicht läßt sichs einrichten, wenn nicht zu lokal. — **Jocus.** Berichte über Stiftungsfeste, Kränzchen können wir nur sehr dünn und in besondern Fällen berücksichtigen. — **Sch. in S.** Wegen Ägypten von zuständiger Seite noch keine Nachricht erhalten. — **Sch. hier.** Etwas starker Tabak. Noch nicht ganz durchgebissen. — **L. in N.** Wissen noch gar nicht recht, wie das am besten anzustellen ist. Hat sich auch diesmal schwer unterbringen lassen. Wenn es irgend geht, nächste Nummer. — **A. Gr. in D.** § 16 Abs. 2 d. Besold.-Ges. v. 3. III. 97 lautet: „Einstweilig angestellte Lehrer und unverheiratete Lehrer ohne eigenen Hausstand, sowie diejenigen Lehrer, welche noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, erhalten in der Regel eine um ein Drittel geringere Mietsentschädigung". — Also nichts zu machen. — Unsere Mühewaltung ist unbezahlbar. — **G. in N.** Verehrtester, wenn einer gar nicht eingeweiht ist, muß er sehr vorsichtig sein in seinen Ausdrücken. Fragen Sie doch bei dem Vertreter Ihres Kreisbureaus an, was in der Liegnitzer Sitzung dringend und einmütig im „Interesse der Allgemeinheit" gewünscht wurde, auch von ehrwürdigen Häuptern. Da mußte die Schulzeitung wohl oder übel nachgeben. — **O in G.** a) Mit Beginn der Michaelisferien. b) Rektor J. Schink wohnt Breslau II, Augustastr. 139. — **E. K. in N.** Unserm Kirchhofmanne zugestellt. — **Kombination.** Nächste Nummer. Das ist ja schauerlich. — **Schlußnotiz.** Also am 10. März erfolgt die Vorlage der Vorlage — wenn nichts dazwischen kommt. Allerletzte Nachricht.

Foulard-Seide v. 95 Pf. ab

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! —

Seidenfabrikt. **Henneberg, Zürich.**

Statt Karten.

Meine Verlobung mit Fräulein **Stephanie Hoffmann,** Leiterin der Arbeitslehrkolonie für Schwachbefähigte in **Pleischwitz**, beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Pleischwitz, den 12. Februar 1908.
bei Breslau. [127

Richard Schön, Lehrer.

Heute früh wurde uns ein munteres Töchterchen geboren.

Breslau, den 18. Februar 1908.

W. Hielscher und **Frau.**

Er hat ausgelitten, unser lieber Freund und Kollege,

Herr Artur Käbisch.

Am 14. Februar erlag er der tückischen Krankheit, die schon jahrelang an ihm gezehrt. Mit welch rührender Hingebung hat der nun Heimgegangene seine geschwächten Kräfte dem schweren Beruf gewidmet, den Armen im Geist ein treuer Lehrer und Erzieher zu sein! Wir werden seiner stets in Ehren gedenkon.

Das Kollegium der städt. Hilfsschule No. 9.

Am 14. Februar verschied nach langem, schweren Leiden der Lehrer an der Hilfsschule No. 9

Herr Artur Käbisch

im noch nicht vollendeten 36. Lebensjahre.

Der Verewigte hat, so oft es sein leidender Zustand gestattete, mit regem Interesse an unsern Beratungen teilgenommen. Sein stilles und erfolgreiches Wirken für unsere schwachen Schüler wird in unsern Kreisen unvergeßlich bleiben.

Breslau, den 15. Februar 1908.

Der „Verein der Lehrer und Lehrerinnen an den Breslauer Hilfsschulen".
Alwin Schenk.

Nach langem, schwerem Leiden starb am 14. Februar

Herr Hilfsschullehrer
Artur Käbisch

im noch nicht vollendeten 36. Lebensjahre.

Schwere Krankheit machte es ihm in der letzten Zeit unmöglich, an der Vereinsarbeit tätigen Anteil zu nehmen. Aber alle, die dem leider so früh Dahingeschiedenen nahe standen, wissen, daß unser Verein in ihm einen für seinen Beruf begeisterten Kollegen verloren hat, der sich mit besonderer Treue, Liebe und Nachsicht der Armsten und Schwächsten der ihm anvertrauten Jugend annahm. Seinen Freunden war er in aufrichtiger Treue ergeben.

Ehre seinem Andenken!

Breslau, den 17. Februar 1908.

Der Breslauer Lehrerverein.
H. Moese.

Nachruf

an einen Lehrer. Für Männerchor, speziell für einen Lehrerverein. Nebst 4 Trauergesg. für allgemeinen Gebrauch (0,40 *M.*) 10 Stck. 3 *M* franko. Zur Ansicht frei. [117

Herm. Kleiner, Zobten a. Bg.

Meine **Pianinos** zeichnen sich besonders aus durch:

Gegr. 1853.

Billige Preise,
Ideale Tonfülle,
Leichte Spielart,
Grösste Haltbarkeit,
Vornehmes Äussere,
Gute Stimmhaltbarkeit,
Neueste Konstruktionen,
Gleichmässige Klangregister.

G. Wolkenhauer, Stettin

Pianoforte-Fabrik. — Hoflieferant.

Ehrenmitglied der Pestalozzivereine der Provinzen Pommern und Posen.

Neuester Prachtkatalog kostenlos. [387 C

Todesanzeige.

Am 11. d. Mts. verschied nach längerem Leiden im 58. Lebensjahre unser liebes Vereinsmitglied,

Herr Lehrer
Hermann Buckethal

in **Striege**, Kr. Strehlen. An unsern Vereinsbestrebungen hat er sich, soweit es sein Gesundheitszustand erlaubte, gern beteiligt und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Strehlen, den 16. Februar 1908.

Der Strehlener Lehrerverein.
I. A. Haunschild, Vors.

Zum 1. April d. J. ist die neu eingerichtete **2. Lehrerstelle** zu **Stonsdorf im Riesengebirge** durch das hiesige Schulpatronat zu besetzen. Grundgehalt 1100 *M* bezw. $^4/_5$, Alterszulage 130 *M*. Die Wohnung ist auch für einen verheirateten Lehrer ausreichend. Bewerbungen sind bis zum 1. März an den Ortsschulinspektor Pastor **Hembd** in **Stonsdorf** zu richten.

Volksschullehrer,

kath., 28 Jahr, Soldat gew., noch im Amt, sucht 1. April Stellung an **Privatschule** oder **Hauslehrer** im In- oder Ausland. Gute Zeugnisse von vorges. Behörde. Offert. erb. u. **S. 240** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.**

Rektorstelle!

An unserer simultanen Volksschule ist die Stelle eines **Rektors** bald zu besetzen. Das Stelleneinkommen beträgt: Grundgehalt 2300 *M*, Alterszulagen 225 *M*, Wohnungsgeld bei Stelleninhaber mit eigenem Hausstand 600 *M* vom 1. bis 10. Dienstjahre, 675 *M* vom 11. bis 20. Dienstjahre, 750 *M* vom 21. Dienstjahre ab.

Geeignete Bewerber evangelischer Konfession, die sich in leitender Stellung bereits bewährt haben, wollen ihre Bewerbungen nebst Lebenslauf und Zeugnissen baldigst einreichen. [105 b

Zur persönlichen Vorstellung ergeht besondere Einladung.

Kattowitz, den 4. Februar 1908.

Der Magistrat.

Schulentlassungsreden.

Haßheider, 12 Reden zur Entlassungsfeier der Kinder in der Schule. 2. Aufl. Preis 80 Pf.

A. Hufelands Verlag in Minden i. W.

Eine **Lehrerstelle** an der hiesigen evangelischen Schule ist zu besetzen. Grundgehalt 1200 *M*, Alterszulagen 180 *M*, Wohnungsentschädigung 360 *M* für Verheiratete und 200 *M* für Unverheiratete. Für Bewerber Bedingung: II. Prüfung und Entscheidung über Militärverhältnis. Meldungen mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften sind bis zum 1. März d. Js. einzureichen an den unterzeichneten Gemeinde-Vorsteher.

Nieder-Hermsdorf, d. 15. Febr. 1908.
bei **Waldenburg i/Schl.**

Der Gemeinde-Vorstand.
Jacob. [125

Bekanntmachung.

Für die hiesigen evangelischen Gemeindeschulen wird zum 1. Juli d. Js. ein **Rektor** gesucht.

Das Einkommen besteht aus
2000 *M* Grundgehalt,
180 „ Alterszulagen und
400 „ Mietsentschädigung.

Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf, Prüfungszeugnissen und einem ärztlichem Attest über den Gesundheitszustand bis zum 15. März d. Js. an uns einreichen.

Für die Berechnung der Alterszulagen und der Dienstzeit sind die Bestimmungen des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 3. März 1897 maßgebend. [123a/b

Vor der Wahl wird die Abhaltung einer Lehrprobe gefordert.

Grünberg, den 12. Februar 1908.

Der Magistrat.

Alle Aufträge

auf

Zeichenmaterialien und Hilfsmittel nach der neuen Zeichenmethode

für Ostern erbitten wir möglichst frühzeitig, damit rechtzeitige Lieferung erfolgen kann.

Wir empfehlen unsere billigen **Ständer, Blocks** etc.

Priebatsch's Buchhandlung
Breslau, Ring 58

An der städtischen Mittelschule ist eine

Lehrerstelle

zu besetzen. Grundgehalt 1500 ℳ, Alterszulagen 190 ℳ, Mietsentschädigung 400 ℳ. Bewerbungen von geprüften evangelischen Mittelschullehrern, sowie auch von solchen Lehrern, welche die Mittelschullehrer-Prüfung binnen Jahresfrist ablegen wollen, bis spätestens 10. März cr. an den **Magistrat** in **Brieg.** [111a/b

An der katholischen Volksschule in **Przelaika,** Kreis **Kattowitz,** ist zum 1. April 1908 die **dritte Lehrerstelle** zu besetzen.

Das Grundgehalt der Stelle beträgt 1200 ℳ, die Alterszulagen 100 ℳ, außerdem wird Dienstwohnung bezw. Wohnungsentschädigung gewährt.

Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung eines Lebenslaufs, der Originalzeugnisse, Militärpapiere und eines ärztlichen Gesundheitsattestes unter Nummer **Z. 151** an die Expedition dieser Zeitung zu richten. [119a/b

Seit Beginn des neuen Jahres erscheint auf Anregung des »Schlesischen Fortbildungsschulvereins« in dem unterzeichneten Verlage

Die ostdeutsche Fortbildungsschule

eine Monatschrift für das gesamte Fortbildungsschulwesen.

Empfohlen von der Königl. Regierung zu Allenstein (Ostpr.).

Probenummern gratis und franko.

Breslau Ring 58 **Priebatsch's Buchhandlung**

Die **3. Lehrerstelle** an der evang. Schule zu **Cawallen** bei **Breslau** ist am 1. April cr. zu besetzen. Gehalt 1000 ℳ und 120 ℳ Alterszulage. Meldungen sofort an Pastor **John, Schwoitsch** b. **Breslau.**

Die **dritte Lehrerstelle** an der evangelischen Schule zu **Dyhernfurth,** Kreis **Wohlau,** wird voraussichtlich zum 1. April d. Js. frei und soll baldigst wieder besetzt werden.

Meldungen sind unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse innerhalb 14 Tagen an den unterzeichneten Patron einzureichen.

Dyhernfurth, den 13. Februar 1908.

Der Patron [114
Graf von Saurma-Jeltsch.

100

interessante Abbildungen über Turnen im Hause: **Heilsame** Körperübungen für Herren, Damen und Kinder gratis an jedermann. Kolberger Anstalten für Exerikultur, Ostseebad Kolberg.

Königliche Präparandenanstalt zu Greiffenberg in Schles.

Nächste **Aufnahmeprüfung** am **24. März.**

Meldungen unter Beifügung einer Geburtsurkunde, des Wiederimpfscheines, des Schulzeugnisses und eines vom Kreisarzt ausgestellten Gesundheitsattestes bis 1. März erbeten. [108b

Beginn des Kursus **23. April.** **Wulle.**

Breslauer Evangelische Präparandenanstalt.

Das neue Schuljahr beginnt am **1. April 1908.** **Anmeldungen** nehmen täglich von 12½—2 Uhr entgegen

Rektor E. Ludwig, Kletschkaustraße 2. **Lehrer H. Bandmann,** Moritzstraße 53.

Evang. Seminar-Präparandenanstalt zu Sagan.

Die **Aufnahmeprüfung** findet am **20. März** statt. Den Meldungen sind beizufügen: Geburts- oder Taufschein, Konfirmationsschein, Impfschein bezw. Wiederimpfungsschein, kreisärztliches Gesundheitsattest und Schulzeugnis.

Prospekte auch für das mit der Anstalt verbundene Pensionat (Internat) werden auf Verlangen zugeschickt.

106b] **Die Königl. Seminardirektion.**

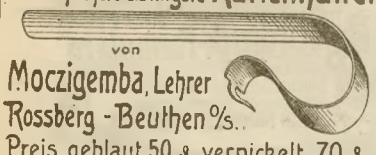
Ev. Seminar-Präparanden-Anstalt in Oels.

Aufnahmeprüfung am Montag, den **23. März,** vorm. 10 Uhr. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Taufschein, beide Impfscheine, kreisärztliches Zeugnis, Schulzeugnis.

Anmeldungen nimmt **jederzeit** entgegen

58e/f] **Der Königliche Seminardirektor.**

Der einfachste u. billigste Kartenhalter



von **Moczigemba,** Lehrer **Rossberg-Beuthen** O/S.

Preis geblaut 50 ₰, vernickelt 70 ₰.

Prospekte u. Gebrauchsanweisung kostenlos. Viele Empfehlungen.

Emmer-Pianos

und **Harmoniums.**

20jähr. Garantie, franko zur Probe; bequeme Zahlweise, b. Barzahl. höchster Rabatt. **Katalog gratis.** Firma gegründet 1870

Berlin C., 28 Seydelstr. 20.

Für Schüler u. Käuf. hoh. Provision.

Max Bocksch, Breslau,

Pianoforte- und Harmonium-Magazin,

Gartenstrasse 57, I., Ecke Schweidnitzerstrasse

Fernsprecher 7147. neben Liebichs Varieté. **Fernsprecher 7147.**

Allein-Vertretung der Hof-Pianoforte-Fabriken von **Steinweg Nchf., Paul Werner. Dörner. C. Goetze.**

Vertreter d. Hofpiano-Fabriken **Schiedmayer & S. Feurich.**

Vertretung von **Maetzke. Hoffmann & Kühne.**

Harmoniums von **Mannborg** u. a.

Kunst-Klavierspiel-Apparate.

Lieferant des Schlesischen Lehrervereins.

Gebrauchte Instrumente stets vorrätig.

Alte Instrumente werden in Zahlung genommen.

Sichere Garantie! Mäßige Preise! Stimmen und Reparaturen!

Eigene Reparaturwerkstatt. [4

Tausende Raucher empfehlen

Bekannte reelle, gute Bedienung.

meinen garantiert ungeschwefelten deshalb sehr bekömmlichen und gesunden Tabak. 1 Tabaks-Pfeife umsonst zu 9 Pfd. meines berühmten Förstertabak f. 4,25 frko. 9 Pfd. Pastorentabak u. Pfeife kosten zus. 5 M. frko. 9 Pfd. Jagd-Canaster m. Pfeife M. 6,50 frko. 9 Pfd. holl. Canaster und Pfeife M. 7,50 frko. 9 Pfd. Frankfurter Canaster m. Pfeife k. frko. 10 M., gegen Nachnahme bitte anzugeben, ob nebenstehende Gesundheitspfeife oder 1 reichgeschn. Holzpfeife o. eine lange Pfeife erwünscht.

E. Köller, Bruchsal (Baden). **Fabrik. Weltruf.**

Die neue

Zeichenmethode.

Alle Herren Lehrer und Lehrerinnen, welche Zeichenunterricht erteilen, erhalten auf Wunsch kostenlos übersandt meinen

Notizkalender

für den [87c

Zeichenunterricht

für das Schuljahr 1908.

Hannoverscher Zeichenblockverlag,

Johannes Schlöbcke, Hannover.

Hoffmann-Pianos

Mehrf. prämiiert. Fabrik. – 20 J. Garant.

Georg Hoffmann, Hof-Pianofabrik

Berlin SW. 19 nur Leipzigerstr. 50

Den Herren Lehrern bedeut Preisermäßigung sow. Zahlungserleichterung. Für Zuweisung von Käufern zahle hohe Provision!

200 Zigarren umsonst!

Da ich bekanntlich die größten Konkursläger kaufe, versende jetzt 200 Stück volle 7 ₰-Zigarren für 12,40 ℳ und gebe außerdem 200 Stück gratis zur Weiterempfehlung. Also diesmal 400 Stück für 12,40 ℳ oder 800 für 24 ℳ. Versand gegen Nachnahme ohne Kaufzwang. Garantie: Geld zurück. Nur wer bis 1. März bestellt, erhält 200 Stück umsonst. Frau **M. Berndt**, Versandhaus, **Berlin SW. 47.**

Unser

neuer

Lehrmittelkatalog

276 Seiten, reich illustriert

und sorgsam zusammengestellt, wird auf Wunsch gratis und franko versandt.

Empfohlen von der Königl. Regierung zu Breslau.

Wir bitten zu verlangen.

Priebatsch's Buchhandlung

Lehrmittel-Institut

Ring 58 **Breslau** Ring 58

Spremberger Tuchstoffe

sind weltbekannt. Verlangen Sie portofreie Zusendung meiner neuesten **Muster-Kollektionen in** [103 b/k

Herren-Anzug- und Paletotstoffen
Damenkleider- und Blusenstoffen

Fritz Teschner, Versandhaus, Spremberg, L.

J. Grosspietsch,

Inhaber Robert Heckel
Königlich Sächs. u. Herzogl. Mecklenb. Hoflieferant.

Breslau II,
Schweidnitzer Stadtgraben No. 22.
Fernsprecher 136.

Flügel, Pianinos, Harmoniums.

Klavier-Spielapparat „Pianóla".

Alleinvertreter für Schlesien von:
Rechstein, Burger, Estey, Ibach, Kaps, Lipp & Sohn, C. J. Quandt, (nicht zu verwechseln mit einer hiesigen ähnlichen Firma),

Thürmer.

Vertreter von:
Blüthner, Duysen, Hinkel, Hofberg, Irmler, Karn etc. etc.

Gebrauchte Instrumente, bestens renoviert, sind stets in Auswahl vorrätig. [2

Sichere Garantie. Billigste Preisberechnung. Kulante Zahlungsbedingungen.

Von den Königl. Regierungen zu Liegnitz und Breslau ist zur Einführung vom nächsten Schuljahr ab genehmigt

die nach phonetischen Grundsätzen durchgeführte

Neubearbeitung von 1906

von

Ferdinand Hirts Schreib- und Lesefibeln:

Ausgabe A für einfache evangelische Volksschulen
Ausgabe B für mehrklassige evangelische Schulen
Ausgabe D für mehrklassige Schulen beider Konfessionen (kommt nur für den R.-B. Breslau in Betracht)
Ausgabe F für mehrklassige katholische Schulen
Ausgabe G für einfache katholische Volksschulen

an Stelle der bisher gebrauchten Form.

Diese Fibeln können zwar wegen des schwierigen Druckes nicht vor Anfang Februar im Buchhandel erscheinen; ich bitte aber alle etwaigen Bestellungen auf diese neuen Fibeln baldigst aufzugeben, damit die Lieferanten rechtzeitig ihren Bedarf bestellen können. Nur so kann einer Stockung in der Expedition, bezw. Mangel an Exemplaren zu Ostern vorgebeugt werden. [112a/b

Soweit der für die Behörden veranstaltete Probedruck der Fibeln ausreicht, steht sofort, sonst aber später nach Ausdruck der Auflage jedem Lehrer oder jeder Lehrerin der Bezirke Liegnitz und Breslau ein Prüfungsexemplar der für die betr. Schule in Betracht kommenden Ausgabe der Fibel unberechnet und portofrei zur Verfügung.

Breslau, im Februar 1908.

Ferdinand Hirt,
Königl. Universitäts- u. Verlagsbuchhandlung.

Schlesische **Kreiskarten,** Verlag von **H. Perthus, Leipzig 82.**

Lehrer-Prüfungs- und Informationsarbeiten.
34 Hefte. Prospekt frei.
Hufelands Verlag in Minden.

Gaeblers Volksschulatlas
für die Provinz Schlesien

mit besonderer Berücksichtigung der Heimats- und Vaterlandskunde der Provinz mit 20 Karten, nebst Text zur Heimatkunde, 10 Abbildungen und Charakterbildern und statistischen Angaben.

Preis 40 ₰.

Priebatsch's Buchhandlung
Breslau I, Ring 58
Lehrmittel-Institut

MANNBORG,
Erste Harmoniumfabrik in Deutschland nach Saugwind-System.
Harmoniums
in höchster Vollendung.
Von den kleinsten bis zu den kostbarsten Werken.
Höchste Auszeichnungen.
Fabrik: Leipzig-Lindenau, Angerstrasse 38.

Fertige Tuchhosen und Westen
(keine Konfektion), sowie **billiges Tuch** offeriert. Muster franko. Viele Anerkennungen. [109 b/c
Heinrich Rackwitz Wwe., Forst i/L.
Lehrer 3 Monate Ziel.

Zum Gebrauch in den öffentlichen Schulen **beider Konfessionen** ist vom **Königlichen Provinzial-Schulkollegium in Breslau,** sowie von den **Königlichen Regierungen zu Breslau und Liegnitz genehmigt** die

Fibel

für Lesen und Rechtschreiben nach phonetischen Grundsätzen

bearbeitet von

Wilhelm Missalek.

Von der Königlichen Regierung zu Oppeln wird ihre Einführung gegenwärtig erwogen.

Ausgabe A für mehrklassige Schulen enthält 92 Seiten. Preis gebunden 50 Pf.

Ausgabe B für einfache Schulverhältnisse ist eine allseitig gekürzte Ausgabe der obigen und umfaßt 72 Seiten. Preis gebunden 40 Pf.

Ausgabe A mit Einführung in die lateinische Druckschrift ist für schwierige ländliche Schulverhältnisse, insbesondere einklassige Schulen auf zwei Schuljahre bemessen. Sie ist 112 Seiten stark. Preis gebunden 60 Pf. [101c

Die Anträge auf Einführung müssen vom Schulvorstande ausgehen. Die Herren **Rektoren, Hauptlehrer und Lehrer** bitten wir deshalb, Prüfungsexemplare verlangen und das Gesuch um Einführung für Ostern 1908 ohne Verzug an die Kgl. Kreis-Schulinspektion richten zu wollen. Den **Vorsitzenden der Lehrervereine** oder denjenigen Herren, die einen Vortrag über die Fibelfrage zu halten gedenken, stellen wir zur Verteilung unter die Vereinsmitglieder ebenfalls gern Exemplare **unberechnet** und **postfrei** zur Verfügung.

Breslau.

Verlagsbuchhandlung
Wilh. Gottl. Korn.

Priebatsch's Buchhandlung, Breslau

Lehrmittel-Institut.

Wilhelm Missalek

Hilfsmittel für den deutschen Unterricht.

Bereits über 100 000 Exemplare im Umlauf.

Rechtschreibübungen

Schülerheft I (Unterstufe) 24 S. 15 Pf.
Schülerheft II (Mittel- und Oberstufe) 32 S. 20 Pf.
Lehrerheft (Diktierstoffe) zu beiden Heften 60 Pf.

Sprachlehre

in Beispielen und Übungen für die Schüler der Mittel- und Oberstufe

Heft I für die Mittelstufe (28 S.) 20 Pf.
Heft II für die Oberstufe (56 S.) 30 Pf.

Die grundlegenden Übungen in der Rechtschreibung

(48 S.) 25 Pf. 4. Aufl. 1907.

Kleine deutsche Sprachlehre

Grammatik und Rechtschreibung vereint

(64 S.) 25 Pf.

Lehrmittel

f. Volks- u. höh. Schulen liefere schnell u. preiswert. **Hauptkatalog umsonst.**
Gust. Krause, Delitzsch.

Rheinweine

eign. Kelterung, **Weißw.** 60 b. 110 ℳ **Rotw.** 80 u. 100 ℳ p. Ltr., in Fäss. v. 20 l ab, in Kist. mit 12, 30, 50 Flasch. Postkolli mit 4 Sorten fr. für 2,50 ℳ.
Lehrer **Theodor Windisch,**
Weingutsbes., **Mommenheim, Rheinh.**

Carl Gottlob Schuster jun.

(C. G. Schuster jun.) **Gegründet 1824**
Markneukirchen, Sa., No. 551
Geigenmacherei 1ten Ranges,
Violinen zur Probe ohne Nachnahme.
Zahlreiche günstige Atteste von Seminarien, Lehrern etc.
Herr Lehrer Mengers, Battenberg, schreibt: Gesandte Violine zu M. 30,— ist nach Beurteilung des Violin-Virtuosen Herrn Lehrer Grunewald, Battenfeld, ein ganz vorzügliches Instrument, wofür ich Ihnen bestens danke. Ich schreibe diese Anerkennung aus eigenem Antriebe zur Ehre Ihres Geschäftes.
Katalog über alle Instrumente gratis.

Eiserne Kartenständer

à **11,50** ℳ (best. empf.) versendet **Maetschke, Jaetschau** b. **Gr.-Glogau.**

Lehrer sucht zur Unterstützung seiner erholungsbedürftigen Frau passende Lehrerwitwe oder Lehrertochter gegen Entschädigung.
Meldungen erbeten unter **C. F. Goldberg i/Schl.** [118

Brüderstraße 13 im Hochpart. 1 2fenstr. Zimmer, Kab. m. Kochofen u. Fenster, kl. Entree, monatl. 21 ℳ per 1. April zu vermieten.

Wever's Mischung

aus edlen amerik. **Tabaken,** sehr mild, angenehm und bekömmlich, ist **unerreicht.**
10 Pfd. Beutel ℳ 8.— } frk.
5 „ „ „ **4.25** }
Amerik. Tabak von 40 ₰ an.
Preisliste gratis und franko.
August Wever, Hildesheim.

Geld an sichere Leute auch gegen bequeme Ratenzahlung verleiht diskret und schnell zu kulanten Bedingungen. Selbstgeber **C. A. Winkler, Berlin 10,** Potsdamerstraße 65. Glänz. Dankschreiben.

Außer der gewöhnlichen Beilage die „**Jugendschriften-Warte**" **No. 2** liegt in der heutigen Nummer noch **eine Sonderbeilage** aus dem Verlage der **Dürr**schen Buchhandlung und **Ed. Peters, Leipzig,** über verschiedene neu erschienene Werke.

PIANOS von ℳ 380 an **HARMONIUMS** von ℳ 33 an
Höchster Rabatt. Kleine Raten. Miete. **Prachtkatalog gratis.**
Größter Umsatz. Allergünstigste Bezugsquelle.
WILH. RUDOLPH, Hoflieferant, **GIESSEN** Gegründet 1851.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Grüttner in Breslau, Ursuliner-Strasse 1. — Verlag von Priebatsch's Buchhandlung in Breslau.
Druck der Breslauer Genossenschafts-Buchdruckerei, eingetr. Gen. mit beschr. Haftpflicht.